

Das Abonnement
auf dies mit Auenahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 5. März. Seine Majestät der König haben Allernächst geruht: Den Appellationsgerichts-Vize-Präsidenten Grafen von Schleinitz in Posen zum Ersten Präsidenten und den Geheimen Ober-Justiz-Rath, de Rège hier selbst zum Vize-Präsidenten des Appellationsgerichts in Posen, letzteren mit Vorbehalt seines Ranges als Geheimer Ober-Justizrat, zu ernennen; ferner dem Medizinal-Rath Dr. Wiegeler zu Koblenz den Charakter als Geheimer Medizinal-Rath zu verleihen; so wie den Pfarrer Schmidt in Samoczy zum Superintendenten der Diözese Coburgs und den Pfarrer Remus in Ostrowo zum Superintendenten der Diözese Schildberg zu ernennen; und dem Sekretär und Bureau-Vorsteher bei dem Revisions-Kollegium für Landes-Kultur-Sachen Friedrich Wilhelm Duant hier selbst den Titel: Kanzlei-Rath, so wie den Vermischungs-Revisoren a. D. Karl Gustav zu Potsdam und Anton August Sievert zu Gnesen den Titel: Rechnungs-Rath, zu verleihen.

Ihre Majestät die Königin von Bayern sind gestern von Potsdam nach Schwerin abgereist.

Angekommen: Se. Exzellenz der General-Lieutenant, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division, von Bonin, von Turin.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 3. März. [Vom Hofe; Tagesschichten.] Gestern empfingen der König und die Königin, im Beisein des Ministers v. Schleinitz und des englischen Gesandten, Lord Loftus, die Deputation, welche den Hohenbandorden überbracht hat und an deren Spize der Marquis of Bredalbane steht. Die Vorstellung, welche um 4½ Uhr Nachmittags stattfand, erfolgte durch Lord Loftus und nach derselben wurden die sämtlichen Herren zur Tafel gezogen, an der auch die Mitglieder der königl. Familie, der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern, die Attaché's der englischen Gesandtschaft erschienen. Die feierliche Ceremonie der Investitur ist auf den nächsten Mittwoch angeordnet und soll im königlichen Schlosse mit allem Glanz vor sich gehen. Die englische Deputation wird zu dieser Feier aus dem Hotel des Gesandten Lord Loftus abgeholt, und fährt der Marquis of Bredalbane in einer mit 8 Pferden bespannten Hofequipage ins Schloss; die übrigen Mitglieder der Deputation folgen in einem Biergespann. Es wird uns also an diesem Tage ein außerordentliches Schauspiel vorgeführt werden, das viele Zuschauer herbeilocken wird, zumal die Deputation einen weiten Weg bis zum Schlosse zurückzulegen hat, da der englische Gesandte, Lord Loftus, das Etchau am Leipziger Platz verwohnt. Diese Deputation ist natürlich hier mit großer Auszeichnung aufgenommen worden und war sie seither theils vom Könige, theils vom Kronprinzen zum Diner und Souper geladen. Im Hotel de Rome hat sie eine Reihe von Zimmern inne, deren Kosten der König bestreitet. — Wegen eines Schnupfenfeuers war der König heute nicht im Dome, dagegen ließ er sich von dem Staatsminister v. Auerswald und dem General-Adjutanten v. Manteuffel Bortrag halten und hatte auch eine Besprechung mit dem Ober-Ceremonienmeister Baron Stülpnagel und dem Hof- und Haussmarschall Grafen Pückler. Dem Gottesdienste im Dome wohnten die Königin, der Kronprinz, die Kronprinzessin und die Prinzessin Karl bei. Mittags 12 Uhr fuhr die Königin nach Potsdam, begleitet von dem Kammerherrn v. Kriesen, stellte der Königin-Wittwe und der Königin Marie von Bayern einen Besuch ab und traf um drei Uhr wieder hier ein, worauf die Familientafel beim Fürsten von Hohenzollern im hiesigen Schlosse stattfand. An derselben wollte auch die Königin Marie von Bayern teilnehmen, sie fügte sich jedoch dem Wunsche der Königin-Wittwe und nahm mit derselben das Diner ein. Wie schon gemeldet, verlässt uns die hohe Frau morgen wieder. Das Reiseprogramm lautet folgendermaßen: Abfahrt von Potsdam mittels Extrazuges Morgens 7 Uhr; der Separatetrain geht bei seiner Ankunft in Berlin auf der Verbindungsbahn entlang nach dem Hamburger Bahnhofe und setzt alsdann seinen Weg nach Ludwigslust fort. Am großherzoglichen Hofe will die Königin Marie bis Mittwoch verweilen und dann über Wittenberge, Magdeburg nach Allenburg gehen und von dort nach einem kurzen Aufenthalt die Rückreise nach München fortsetzen. Der Prinz Karl von Bayern hat gestern die Nachricht nach Schloss Sanssouci gelangen lassen, daß er heute München verlassen, am Montag und Dienstag am sächsischen Hofe in Dresden bleiben und Tags darauf auf Schloss Sanssouci eintreffen werde. — Der Generalleutnant v. Bonin ist heute mit seinen militärischen Begleitern von seiner außerordentlichen Mission nach Turin zurückgekehrt und wird morgen vom König empfangen werden. — Die hier anwesenden Polen scheinen von allen Vorgängen in Warschau genaue Kenntnis zu haben. In der gestrigen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses hatten die Mitglieder der polnischen Nationalität bereits die Adresse in französischer Sprache, welche die Polen von Warschau aus an den Kaiser Alexander gerichtet haben (s. unten). Fürst Gortschakoff soll nach den Mittheilungen der Polen das Verfahren des kommandirenden Generals und der Polizeibehörde gemäßbilligt und sowohl den General als auch den Oberpolizeimeister vom Amte suspendirt haben. Dabei werden mancherlei Spezialitäten erzählt, die erkennen lassen, daß zwischen Warschau und den hiesigen Polen eine lebhafte Kommunikation besteht. Graf Gotskowicz gab gestern hier ein Diner, zu dem er auch deutsche Landtagsmitglieder geladen hatte; einige hatten die Einladung abgelehnt. — Über den Krankheitszustand des Ober-Hof- und Dompredigers Dr. Strauß höre ich heute, daß die Fieberphantasien und die Unruhe fortdauern; dabei hat aber der Patient Appetit. Die Ärzte haben noch nicht die Hoffnung zu seiner Wiederherstellung ausgegeben, besorgen aber, daß die Kräfte des Kranken nicht ausreichen werden.

AD Berlin, 4. März. [Die Warschauer Unruhen; österreichische Erklärungen in Betreff Italiens; Verhandlungen wegen Syriens.] Neben die Unruhen in Warschau sind die wunderlichsten Gerüchte in Umlauf. Die bekannte

Taktik der Revolutionsmänner von Metz, welche jeden verunlückten Aufstands-Versuch als einen von der Polizei künstlich veranlaßten Putsch darstellen, wird auch dieses Mal auf das Tapet gebracht, ohne ernstlich Beachtung zu finden. Indessen äußert sich in politischen Kreisen der Glaube, daß die Agitation, wenn auch nicht von der Polizei provoziert, doch auch nicht ohne künstliche Anregung entstanden ist. Von einer Seite wird behauptet, daß österreichische Agenten im Spiele gewesen sind, weil es in den Wünschen des Wiener Kabinetts liege, die Gefahren der revolutionären Propaganda auch Russland fühlbar zu machen und dadurch einem Bündnis zwischen den beiden östlichen Kaiserhöfen die Wege zu bahnen. Mit dieser Aussöhnung stimmt aber die Nachricht nicht zusammen, daß polnische Männer die Leichen der bei den Unruhen Gefallenen in das französische Konsulat gebracht und den Ruf: "Es lebe Napoleon III!" zur Lösung genommen haben. Wie hoch man auch die Gewandtheit österreichischer Polizeiagenten anschlagen möge, so muß man doch bezweifeln, daß die Abrichtung der Figuren sich bis auf einen solchen Grad der Virtuosität vervollkommen lasse. Viel näher liegt die Vermuthung, daß die von Frankreich ausgestreuten Ideen und Goldstücke zur Erhitzung der Gemüther unmittelbar oder mittelbar beigetragen habe. Die Sache wird vielleicht ohne Nachweisen vorübergehen. Sollte sie erster werden, so hält man es für ausgemacht, daß ein Bündnis zwischen Russland und Österreich, wäre es auch nur zur Assuranz gegen die Revolution, zu Stande kommt. — In Paris will man wissen, daß Wiener Kabinett habe Herrn Thouvenel eine Depesche mittheilen lassen, welche die Erklärung enthält, Österreich werde Victor Emanuel niemals als König von Italien anerkennen und sofort den Mincio überschreiten, wenn die italienische Bewegungspartei in Venetien oder in Ungarn einen Handstreich unternehme. Der erste Theil dieser angeblichen Erklärung entspricht offenbar den Absichten der österreichischen Regierung, während der zweite Theil eine Drohung enthält, an deren Ausführung Niemand recht glaubt, weil Österreich schwerlich die Offensive ergreifen kann, wenn es sich gegen Aufstände in Venetien und in Ungarn zu wehren hat. — In Betreff der syrischen Angelegenheit werden, wie es heißt, Österreich und Preußen ein Kompromiß Verlängerung der Okkupation auf kurze Frist, vorschlagen, welchem wohl die allgemeine Zustimmung zu Theil werden wird.

(Berlin, 4. März. [Vom Hofe; Tagesschichten.] Die Königin Marie von Bayern hat heute Morgen unsern Hof nach einem längeren Aufenthalt wieder verlassen und ist nach Schwerin abgereist. Bei der Ankunft der hohen Frau von Potsdam war der Kronprinz auf dem Perron anwesend und gab ihr auf der Verbindungsbahn entlang bis zum Hamburger Bahnhofe das Geleit, wo er sich zugleich mit dem Prinzen Adalbert verabschiedete. Der Gelandte, Graf Montgelas, folgte seiner Königin an den großherzoglichen Hof, der morgen das Geburtstagsfest des Herzogs Wilhelm feiert, welcher sich schon gestern von Brandenburg nach Schwerin begeben hat. Der Königin-Wittwe ist der Abschied von der Königin Marie sehr schwer gefallen. Die hohe Frau schied mit den Worten von Sanssouci: "Wir sehen uns bald wieder!" Bei ihrer Abreise von Potsdam waren die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen, ihre Neffen, der Erbprinz Leopold von Hohenzollern, der Hofmarschall Graf Keller und andere Personen aus der Umgebung der Königin-Wittwe anwesend. — Der König ist fast ganz von seinem Schnupfen wieder befreit und dürfte daher die auf Mittwoch angesehnte Investitur ic. nicht auf einen späteren Tag versetzt werden. Dem feierlichen Akt folgt eine Galatafel, zu der etwa 180 Personen geladen sind. Heute Vormittag arbeitete der König wieder sehr angestrengt; zunächst ließ er sich von den Geheimräthen Illaire, Costenoble und v. Obstfelder Vorträge halten, darauf empfing er mehrere höhere Militärs, unter ihnen auch den aus Turin hierher zurückgekehrten Generalleutnant v. Bonin und seine militärischen Begleiter Major v. Kosigk und Rittmeister v. Oppen und hatte alsdann eine längere Konferenz mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Der General v. Bonin wurde um 5 Uhr zur Tafel gezogen, an der nur der Kronprinz und die Kronprinzessin und der Fürst v. Hohenzollern mit seiner Gemahlin erschienen. Zur Theegeellschaft waren die Herzogin von Sagan, die Fürsten und Fürstinnen Radziwill und einige Generale geladen. — Bei dem Grafen v. Schwerin fand eine große Soirée statt, die namentlich von Landtagsmitgliedern stark besucht war. Die Salons, sowie der Aufgang zu denselben waren mit hohen, blühenden Topfgewächsen festlich dekoriert. Morgen versammelt sich die Elite der Gesellschaft in der Soirée des Grafen Arnim-Bayzenburg, welche auch immer die Mitglieder des diplomatischen Corps sehr zahlreich zu besuchen pflegen. — In Folge allerhöchster Bestimmung sollen die 4 diesjährigen Frühjahrsparaden unter den Linden am 16. und 23. d. M. und am 6. und 13. April abgehalten werden. Kommandant sind zu denselben am 16. d. M. die Gardelavallerieregimenter; am 23. d. Mts. das 2. Garderegiment zu Fuß und das Gardefüsilierregiment; am 6. April die beiden Gardgrenadierregimenter Kaiser Alexander und Kaiser Franz, das Garde-Schützenbataillon; am 13. April die Gardeartilleriebrigade, das Gardepionierbataillon, das Gardetrainabataillon und das Trainbataillon des 3. Armeekorps. — Auf Befehl des Polizeipräsidenten v. Leditz ist heute Morgen die Nr. 10 des Montagblattes "Berlin" in den öffentlichen Lokalen, auf den Bahnhöfen z. von Schuhmännern konfisziert worden. Das Blatt setzt mit großer Hartnäckigkeit seine Angriffe gegen den Präsidenten v. Leditz und den Polizeiobst v. Pagke fort und verschont auch den Minister des Innern nicht. Die Beschlagnahme ist durch einen Artikel geboten worden, der allerdings sehr gehässiger Natur ist und die Überschrift trägt: "Zweihundert Thaler". Die "Volkszeitung"

hat, irre ich nicht, zuerst die Nachricht gebracht, daß der Minister des Innern dem Polizeiobst Pagke eine Gratifikation von 200 Thalern bewilligt habe. Es wird vielfach behauptet, daß bei dem Blatte "Berlin" der Literat Eichhoff ein sehr thätiger Mitarbeiter sei. — Der jährliche Sturz des Hauses Mirès in Paris soll auch in Russland auf den Bau der Eisenbahnen, der bekanntlich von einer französischen Gesellschaft ausgeführt wird, stören einwirken und man befürchtet ernstlich, daß der Bau ins Stocken gerathen werde. Die Strecke Kowno-Wirballen, welche wegen des schwierigen Terains einen großen Kostenaufwand nötig macht, ist fertig und bereits revidirt, aber noch nicht eröffnet und dem Verkehr übergeben. — Wir haben seit gestern ein sehr trauriges Wetter; es stürmt und regnet fast ohne Aufhören.

[Die staatsbürgliche Stellung der Juden.] Der "St. A." veröffentlicht nachstehenden, durch Vorstellung einer Synagogengemeinde veranlaßten Bescheid des Justizministers, des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten und des Ministers des Innern vom 13. November v. J., die Verhältnisse der Juden betreffend: "Die Beschwerden über Ausschließung der Juden von Ausübung der ständischen Rechte und von der Verwaltung des Ortschulzansatzes haben durch die Birkularerlaß des Ministers des Innern vom 16. Februar v. J. und vom 3. Februar d. J. ihre Erledigung erhalten. In Betreff der beantragten Zulassung der Juden zu den öffentlichen Ämtern überhaupt, insbesondere zu den richterlichen, administrativen und Lehrämtern, so wie zu denen im Bauwach, geht die Staatsregierung von dem Grundsatz aus, daß die Zugänglichkeit öffentlicher Ämter für jüdische Staatsangehörige nicht mehr nach den durch die Verfassungsurkunde aufgehobene Bestimmungen in §. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1847, sondern nur noch nach der Verfassungsurkunde selbst, namentlich nach den Artikeln 4, 12 und 14 derselben zu beurtheilen ist. Zu welchen einzelnen, den Juden bisher noch verschlossen gewesenen Kategorien von Ämtern sie in Gemäßheit dieses Grundsatzes künftig zugestellt werden, wird je nach Anzahl und Bedürfnis näher erwogen werden. Der Birkularerlaß der Ministerien für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten vom 6. Oktober 1852, betreffend die bei der Zulassung zum Feldmesserzarten jüdischen Cleven zu machende Bedeutung, ist außer Kraft gesetzt worden. In Bezug auf die Reformen des jüdischen Eidesleistung ist die Staatsregierung mit Erwägungen über die legislative Regularisierung des Gegenstandes beschäftigt. Der Antrag auf Herstellung des zivilrechtlichen Effekts der jüdisch-synagogalen Trauung ist zur Berücksichtigung nicht geeignet, da die bezüglichen Vorschriften des Gesetzes vom 23. Juli 1847, welche nur der vor dem Richter erfolgenden Geschlechterzulassung jüdischer Brautpaare den bürgerlichen Rechtsseitigkeit beilegen, als der Verfassung nicht widersprechend in fortwährender Gültigkeit stehen und zu ihrer Abänderung um so weniger geschritten werden kann, als sich ihre Zweckdienlichkeit und Nutzenbehörigkeit bewährt hat. Was die gewünschte Berücksichtigung einzelner jüdischer Bevölkerungen bei Strafgefangenen jüdischen Glaubens und die Übertragung der Seelsorge über legtere an jüdische Religionsträger betrifft, so ist kein Bedenken gefunden worden, der wegen der Österfeststage bereits bestehenden reglementarischen Bestimmung eine weitere Ausdehnung auf das jüdische Neujahrs- und das Verhöhnungsfest durch die Verfügung vom 25. Juli v. J. zu geben. Noch weniger wählt ein Anstand ob, zu gestatten, daß die jüdischen Strafgefangenen überall, wo sich Gelegenheit dazu findet, unter die Obhut eines jüdischen Religionslehrers gestellt und dem letzteren die Leitung der gemeinschaftlichen Andachtsübungen der jüdischen Sträflinge, nach Umständen auch seelsorgerliche Versprechungen mit denselben frei gelassen werden. Auch in dieser Beziehung sind die erforderlichen Einleitungen getroffen worden. Uebrigens wird bemerkt, daß schon bisher da, wo ein jüdischer Religionslehrer sich am Orte befand und sich zur Übernahme der Seelsorge über die jüdischen Sträflinge bereit erklärte, die Erlaubnis hierzu bereitwillig erteilt worden ist. Dagegen ist der Antrag auf Befreiung der jüdischen Rabbiner und Kantoren von Kommunalabgaben zur Gewährung nicht geeignet. Die Begünstigungen, deren Ausdehnung auf die jüdischen Kultusbeamten gefordert wird, sind durch spezielle gesetzliche Bestimmungen nur den Staatsbeamten, beziehentlich den Geistlichen, Lehrern und Kirchendienern der Landeskirchen bewilligt. Zu diesen Kategorien gehören die jüdischen Kultusbeamten nicht, sie haben daher keinen gesetzlichen Anspruch auf gleiche Vorrechte und es kann ein solcher namentlich auch aus dem Artikel 12 der Verfassungsurkunde nicht hergeleitet werden, da es sich hierbei nicht um allgemeine bürgerlich oder staatsbürgliche Rechte handelt. Wenn ferner der Antrag gestellt wird, den die christliche Erziehung unehelicher, mit christlichen Vätern erzeugter Kinder jüdischer Mütter anordnenden §. 643 Tit. 2 Th. II. Allg. Landrechts aufzuheben, so hat sich zwar ein dringend praktisches Bedürfnis noch nicht herausgestellt, da nur in sehr vereinzelten Fällen die Anwendung der gedachten Vorschriften zu Beschwerden geführt hat. Indessen wird die gewünschte Abänderung bei geeigneter Veranlassung in nähere Erwägung gezogen werden. Was den Antrag auf Ausbildung jüdischer Lehrer in den staatlichen Seminarien betrifft, so wird bemerkt, daß schon jetzt nach den bestehenden Bestimmungen jüdische Schulants. Apiranten als Hospitanten zu dem Unterricht der Schulererseminarien, und wenn sie den vorgeschriebenen Kursus absolvieren, auch zu den Abiturientenprüfungen der Seminarien zugelassen werden können. Uebrigens steht die Errichtung besonderer jüdischer Seminarien den Juden frei, und wird die thunliche Förderung solcher Anstalten von Staatswegen nach wie vor nicht veragt werden. Dem Antrage endlich auf weitere legislative Ausführung des §. 62 des Gesetzes vom 23. Juli 1847, betreffend die Religions-Unterrichtseinrichtungen in Synagogengemeinden, mittels Regelung einer Zwangsheilnahme an diesen Einrichtungen kann ebenfalls nicht stattgegeben werden, da ein gesetzlicher Art der beantragten Art einen nach Art. 15 der Verfassungsurkunde unzulässigen Eingriff des Staats in die inneren Angelegenheiten der jüdischen Religionsgenossenschaften in sich schließen würde. Es bleibt dem Vorstande der Synagogengemeinde überlassen, den gegenwärtigen Bescheid den übrigen Synagogenvorständen, welche die Petition mit unterschrieben haben, mitzuteilen.

Barmen, 2. März. [Die Vorgänge im Elberfelder Waisenhaus.] Die "Barmersche Zeitung" schreibt: Wir hatten Gelegenheit, einen der "angefassten" Knaben, der einem Meister als Lehrling übergeben war, zu beobachten. Der Knabe verfiel am 28. v. Mts. in einen Zustand, welcher der Fallsucht höchst ähnlich war. Ein kräftiger Mann und eine Magd waren nicht im Stande, denselben festzuhalten. Diese krampfhaften Erscheinungen sind nur Folgen von Angst und Schrecken. Der Knabe theilte uns mit, daß der Waisenhausvater Klug aus Stellen in der Bibel die Existenz des Antichristen beweise, welcher gegenwärtig in Frankreich sein Unwesen treibe und von da hierhin kommen werde, um alle, die nicht beteten und Buße thäten, zu holen. Die immerwährenden Vorträge über die schreckliche Ankunft des Antichristen haben die Kinder so in Angst und Schrecken gesetzt, daß sie über ihre Gebete in die heftigsten Krämpfe versiegen. Der in Rede stehende Knabe, welcher physisch so ruinirt ist, daß der Meister ihn der Anstalt zurückgeben muß, ist, als er sich über die betenden Knaben einige Verbesserungen erlaubte, mit Stockschlägen bestraft worden. Zwei Knaben, Freunde des Vorigen, haben achtundsechzig Stockschläge erhalten, weil sie sich an der Gebetsstunde nicht beteiligen wollten (?).

Nachts muß der Skandal im Waisenhaus fürchterlich gewesen sein. Die Angst vor dem Antichrist mache sich durch schreiendes Gebet und Heulen Lust. Mehr als zwanzig Betten sind von Kindern, die aus Angst in Krämpfe versieben, durch ihr Schlagen mit Arm und Beinen zertrümmert worden (?). An der zweiten Gebetsstunde, die, um dem „Gebetsdrange“ zu genügen, bestimmt war, brauchten sich nicht Alle zu beteiligen, die sich aber nicht daran beteiligten, erhielten schlechtere Röst, wohingegen den Theilnehmern Fleischbrühe und sonstige Zufuhr verabreicht wurde. Möge diese kurze Notiz genügen, um die Ursachen des krankhaften Zustandes der Waisen zu erkennen. Wir können uns nicht weiter darüber auslassen, weil diese Dinge gegen alles Gefühl sind.

Destreich. Wien, 2. März. [Urtheile der Presse über das neue Staatsgrundgesetz.] Der Aufbau des neuen Verfassungswerkes erscheint der „Ost. Post“ als ein sehr gewundener und manchmal gefärbter. Es liegen sich, meint dies Blatt, bei den neuen Statuten die mühseligen Kämpfe erkennen, die sie gegen widerstreitende Anschauungen, Tendenzen und Interessen zu bestehen gehabt, um schließlich eine Reihe von Kompromissen sich aufzunehmen, die in einer ganzen Reihe von Bestimmungen genau zu erkennen seien. Indessen das Auge auf das Ganze gerichtet, giebt die „Ost. Post“ zu, daß die Frage, ob die Summe aller dieser Statute und Bestimmungen eine Verfassung im Sinne der modernen Zeit, mit anderen Worten, ob in Destreich das konstitutionelle System zum Staatsgrundgesetz erhoben sei, in den §§. 10 und 11 des Grundgesetzes über die Reichsverfassung bejaht sei; noch deutlicher in der Bestimmung des §. 12, worin es heißt: „In allen Gesetzen ist die Übereinstimmung der beiden Häuser und die Sanction des Kaisers erforderlich.“ Dies, bemerkt die „Ost. Post“, sei ein unendlicher Fortschritt in der Ausbildung des Diploms vom 20. Oktober. Die zweideutige, Mißtrauen erregende Phrase von der „Mitwirkung“ habe nunmehr eine konkrete, deutliche Ausbildung erhalten; die Gesetze, welche die Regierung vorlege, müßten die Zustimmung des Reichsrathes haben, sonst hätten sie keine Geltung. Allerdings habe diese notwendige Übereinstimmung der beiden Häuser bei liberalen Gelehrten, welche von dem Abgeordnetenhaus vorgeschlagen und angenommen würden, den Nachteil, daß sie von dem Herrenhaus zurückgewiesen werden könnte, allein dieses Schriftal müßten alle Verfassungsstaaten, in denen das Zweikammerystem herrsche, sich gefallen lassen, in England wie in Belgien und in Preußen sei das nämlich der Fall. Der Ausgleich solcher Konflikte sei Sache der Parteikämpfe. Adel und Geistlichkeit seien nun einmal in Destreich einflußreiche Faktoren; das habe man zur Genüge und nicht immer zum Vortheil des Landes erfahren, wie das Konfotat und wie das Majoritätsvotum des Reichsrathes es sattgem bewiesen. Besser, daß sie innerhalb der Verfassung eine Arena für ihre Befreiungen säuden, als daß sie außerhalb derselben blieben und gegen sie konspirieren, wie das bei der Verfassung vom 4. März der Fall gewesen sei. Das Herrenhaus werde seine Erfahrungen machen und in seinem Schoße selbst allmählig in Parteien sich spalten. Den §. 13 des Grundgesetzes aber findet die „Ost. Post“ sehr bedenklich; er sei in seiner gegenwärtigen Fassung geeignet, alle Bestimmungen der Verfassung illusorisch und den ganzen konstitutionellen Apparat zu einem Scheinweisen zu machen. Dieser §. 13 lautet wie folgt: „Wenn zur Zeit, als der Reichsrath nicht versammelt ist, in einem Gegenstande seines Wirkungskreises dringende Maßregeln getroffen werden müssen, ist das Ministerium verpflichtet, dem nächsten Reichsrath die Gründe und Folge der Verfügung darzulegen.“ Wenn bei diesem Paragraphen nicht der Nachhalt ausgeblichen sei, dann das genannte Blatt, so könnten die Minister ihm, was ihnen beliebt; sie könnten, wenn ihnen der Reichsrath unbehaglich sei, ihn verfagen, und in der Zwischenzeit jede beliebige Maßregel durch eine Ordinance zum Gesetz machen. Der Finanzminister könne z.B. in Folge dieses Paragraphen in 6 Monaten von neuem 12 Millionen Zehntalerstücke emittieren, wenn nur der Reichsrath nicht beisammen sei; dem später zutretenden Reichsrath sei er nicht die mindeste Verantwortlichkeit schuldig, er brauche ja bloß „die Gründe und die Folge der Verfügung“ darzulegen. Nur ein Ministerium, das der Reichsvertretung verantwortlich sei, könne mit den Befugnissen ausgerüstet sein, in Abwesenheit derselben eine Maßregel der Dringlichkeit mit provisorischer Gesetzeskraft zu erlassen. Ein unverantwortliches Ministerium, das diese Befugnis erhalte, werde damit der Reichsvertretung vollständig ebenbürtig gestellt; es habe es sogar noch bequemer als diese, welche die Übereinstimmung beider Häuser zur Geltendmachung eines Gesetzes bedürfe, während das Ministerium nur unter sich einig oder es auch nicht zu sein braucht, um eine „Maßregel“ zu vertreten, die, wie eben das Beispiel der Münztheorie zeigt, hinterher nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Einen gewissen Vorzug aber, berichtet die „Ost. Post“, schließlich, habe die neue Verfassung vor der Verfassung vom 4. März voraus, nämlich den, daß die Reichsvertretung wirklich einberufen werde, und zwar in kürzester Zeit. Das sei eigentlich die Krone sämtlicher Publikationen. — Die „Presse“ hält mit ihrer Befriedigung im Allgemeinen nicht zurück, es ist ihr aber schon bei der Durchsicht der Verfassungsgesetze nicht entgangen: „daß die fundamentalen Freiheiten des konstitutionellen Staates noch nicht in eine feste, unzweideutige Form gebracht sind; daß die Verkündigung der Pressefreiheit, des richterlichen Schutzes der persönlichen Freiheit, der bediegungslosen Gleichberechtigung aller Religionsbekennnisse noch nicht erfolgt ist; daß das untrügliche Kennzeichen der konstitutionellen Regierungsförderung, Verantwortlichkeit der Minister gegenüber der Reichsvertretung, dem „Grundgesetz“ noch fehlt; daß der für einen erwählten Abgeordneten unentbehrliche Schutz der Unverantwölklichkeit für Reden und Abstimmungen im Reichsrath noch nicht ausgesprochen ist; daß eine direkte Wahl der Abgeordneten nicht zugestanden worden ist; daß der Aristokratie eine zweifache Prerogative, nämlich im Herrenhaus, das überwiegend aus Sprößlingen der Adelsgeschlechter besteht, und im Abgeordnetenhaus, in dem sie gleichfalls einen starken Bruchtheil bildet, eingeräumt worden ist; daß das politische Gewicht der Reichshauptstadt in der Zahl der ihr zugestandenen Deputirten nicht vollständig anerkannt worden ist; daß für die Reichsvertretung Wien nicht gelegentlich für immer zum Versammlungsort erklärt worden ist; daß für den Fall der Auflösung des Reichsrathes nicht geleglich Garantie für die Erneuerung in besserer Frist gegeben ist; daß das Recht der Regierung, in dringenden Fällen ohne Zustimmung Maßregeln, welche verfassungsmäßig der Zustimmung der Reichsvertretung bedürfen, zu treffen, nicht abgegrenzt und mit der Verpflichtung, die nachträgliche Zustimmung einzuholen, nicht ausdrücklich verfügt ist.“

[Verwicklungen an der unteren Donau.] Das Gewitter an der unteren Donau zieht sich immer drohender zusammen. Die häufigen Deputationen nach Paris, Petersburg und Belgrad tragen ihre Früchte, und binnen Kurzem wird man hören, daß die ganze illyrische Halbinsel im vollen Aufstande ist. Die Pforte ruft mit aller Kraft. In Serbien wird man bald von der Organisation einer allgemeinen Landesbewaffnung hören, alle ausgedienten Soldaten und Urlauber werden einberufen und viele ausländische Offiziere ange stellt. Die Pforte hat beschlossen, an der serbischen Grenze ein starkes Observationskorps aufzustellen. Das Verhältniß zwischen dem Fürsten Michael und dem Befehlshaber der Festung Belgrad, Kurfürst Palcha, soll sehr gespannt sein. Die Bewegung der Montenegriner soll im Einverständniß mit Serben vor sich gehen. Die darauf Bezug habenden Unterhandlungen sollen von dem befann ten serbischen Gelehrten Dr. Stephanovits Karadzitsch, welcher sich im verlorenen Sommer längere Zeit in Cettigne aufgehalten hatte, gepflogen werden; die Beziehungen zwischen Russland und Sardinien werden sich binnen Kurzem freundlicher gestalten, und man versichert, daß ersterem eine Schiffstation in Süditalien überlassen werden soll. (R. 3.)

[Die Türkei und Herr Mirès.] Der „Preuss. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Die Verfolgung von Mirès in Paris erregt hier nicht allein finanzielle, sondern auch politische Bedenken. Man findet es auffallend, daß in denselben Augenblick, in welchem der russische Gesandte in Konstantinopel die Sprache des Fürsten Menschikoff noch überbietet und der französische Gesandt ihm vollkommen befreit ist, zugleich die Emission der türkischen Anteile in Paris unterbrochen und die finanziellen Verlegenheiten der türkischen Regierung durch das Einschreiten gegen Mirès auf Augenfalte getrieben werden. Das eigenhümliche Zusammentreffen legt den Gedanken an eine politische Kombination wenigstens sehr nahe und kann dieseljenige Macht, welche bei der Aufreihaltung des türkischen Reiches zumeist interessiert ist, nur ungemein berühren.“

Pesth, 28. Febr. [Aufnahme des neuen Staatsgrundgesetzes.] Über den ersten Eindruck, welchen die Publikation des neuen Verfassung hier gemacht, wird der „Ost. Post“ gemeldet: „In Kasino- und Kaffeehauslokalen ist man über die „Wiener Zeitung“ und ihr Beilage „Konkordat“ hergestoßen; Feidemann spricht vor Allem in der Reihe der Ministerunterchriften, ob der Name des Freiherrn v. Bay dabei mit enthalten ist. Die Überzeugung, daß der erste ungarische Hofkanzler nicht unterfertigt ist, formuliert das Urtheil. Es

ist das ungünstigste, welches je einer Regierungspublikation zu Theil geworden, denn nach denselben hätte die Verfassungskurie für Ungarn auch nicht die geringste Bedeutung (?). Die Ansichten stimmen darin überein, daß Baron Bay die Verfassungsalte nicht unterfertigen wollte, nicht unterfertigen konnte, weil sie mit der Konstitution und den Gesetzen Ungarns unvereinbar ist. Durch diese Weigerung hat sich Baron Bay mit der öffentlichen Meinung, vorläufig auf hiesigem Platze, so ziemlich ausgeöhnt und der Hofkanzler gilt heute doch für einen guten Patrioten. Die Schlüsselerklärung im amtlichen Theile des „Wiener Amtsblattes“, daß Baron Bay frankenthaler an der Mifertigung der Akte verhindert wurde, wird als eine Ausflucht gestempelt; hat doch der König von Ungarn an seiner Seite einen zweiten ungarischen Hofkanzler, der doch auch irgend eine Bedeutung haben muß. Daß der Name des Ministers Graf Szecsi zwischen den übrigen Reichsministern figurirt, hat für hier keine Bedeutung; Graf Szecsi's amliche Stellung wird hier gänzlich ignoriert.“

— [„Pesti Naplo“ über die neuen Verfassungstatute.] Von sämmtlichen heutigen magyarischen Zeitungen entbält der einzige „Pesti Naplo“ eine kurze Betrachtung über die in der „Wiener Zeitung“ publizierten Grundgesetze und über die Stellung, welche Ungarn ihnen gegenüber einzunehmen habe. „Wir schreiben diese Zeilen“ sagt Baron Kemény, „unter dem ersten Eindrucke der telegraphisch gemeldeten Organisation des Reichsrathes und wissen nicht, wie wir klar und offen genug sein sollen, um verstanden, mehr noch, um nicht mißverstanden zu werden. Bisher hielt Jeder, auch der Ungebildete, in Ungarn das für Gesetz, was der Landtag und der König einmütig beschlossen hatten. Jeder, der so viel Bildung hatte, daß er das Wort „Verfassung“ kannte, wußte aber auch, daß er von einer wahren Verfassung nur dann sprechen könne, wenn das Steuer- und Soldatenbewilligungrecht in den Händen des Landtags ist. In unserm Lande haben Jahrhunderte das Recht befestigt, trotz der Gesetzen, in welchen sich unsere Verfassung schon einige Male befand. Es gab Zeiten, wo sie suspendirt, außer Wirksamkeit gesetzt wurde; zwar nicht in allen, aber doch in wesentlichen Punkten. Allein sobald die Herrscher, Leopold I., Joseph II., Franz I., es für nötig hielten, durch Wiederherstellung der Verfassung die Nation zu versöhnen, wurden die Kriegs- und Finanzangelegenheiten, wie die ganze Autonomie des Landes in das Bett des alten verfassungsmäßigen Zustandes zurückgeleitet. In den 145 Jahren von Leopold I. bis zum Jahre 1827 mußte der Thron sich drei Mal nach all dem Widerstand, welchen die Befestigung oder Suspendierung der Verfassung gefunden hatte, mit der Nation versöhnen, allein die Befestigung geschah nur auf Grundlage des gesetzlichen Zustandes, und das nicht nur unter Anerkennung des Steuer- und Soldatenbewilligungrechtes, sondern mit erneuter Betonung desselben. Wahrlieb, welchen Eindruck kann die Organisation des Reichsrathes, die Ausstreichung der wichtigsten Rechte aus unserem Corpus juris auf die unter dem Schutz der Krone des St. Stephan lebenden Völker machen? Achthundert Jahre hat die ungarische Nation keinem ihrer Grundrechte mit Ausnahme einer einzigen Bestimmung der goldenen Bulle entzagt und wünschte jedes der ihr einheitlich entzogenen Rechte wieder zu erlangen, sie war im Stande, mit der Bereicherung des Königs eine an Göppendienst grenzende Verehrung ihrer Verfassung zu verbinden. Nach dieser Vergangenheit, diesen Erscheinungen, was sollen wir hoffen, was erwarten, wenn jetzt eine Einführung vor uns steht, welche die durch Jahrhunderte gebilligten Grundrechte unserer Verfassung für sich in Anspruch nimmt, nur um im Systeme eine Stätte und im Leben eine Basis zu finden.“

Großbritannien und Irland.

London, 28. Februar. [Rossuth in London.] Die im Laufe der vorigen Woche gemachten Mittheilungen über den von Rossuth hier veranstalteten Banknotendruck waren vollkommen richtig. Am 23. Februar war Graf Apponyi, der hiesige österreichische Gesandte, von der Regierung benachrichtigt worden, daß sie, dem Gutachten der Keronadvokaten zufolge, nicht im Stande sei, einzuschreiten. Er hatte dies an demselben Tage telegraphisch nach Wien gemeldet und war von dort am 26. angewiesen worden, im Namen des Kaisers von Destreich die erforderlichen gerichtlichen Schritte zu thun, um den Druck zu stillen und dem Drucker die Verabsolvierung der bereits gedruckten Noten an Rossuth bis auf weiteres gerichtliche Entscheidung zu untersagen. Dieser Weisung folgend, hat der Gesandte einen Prozeß eingeleitet, der unter dem Namen „Der Kaiser von Destreich wider Day“ scheduliert ist. Die Firma Day and Sons hat nämlich den Druck für Rossuth beorgt, und der erste Schritt ist gestern gegen sie geschehen, indem Sir H. Cairns im Namen des Klägers eine Einstellung des Drucks und die Ablieferung besagter Banknoten beantragte, die ihm auch vom Bizekanzler bewilligt wurde. Das betreffende Affidavit des österreichischen Gesandten lautet der Haupttheile nach dahin: der Kaiser von Destreich besitzt als König von Ungarn allein und ausschließlich das Vorrecht, in Ungarn Banknoten als Währungszeichen auszugeben oder überhaupt irgend ein zur Zirkulation in Ungarn bestimmtes Dokument mit dem Landeswappen zu versehen. Demgemäß besteht fast alles in Ungarn gegenwärtig zirkulirende Geld aus Noten der österreichischen Nationalbank, die unter der Autorität des Kaisers von Destreich als Königs von Ungarn ausgegeben worden seien. Dagegen hätten die Herren Day and Sons Platten hergestellt, um vermittelst ihrer Dokumente zu drucken oder zu lithographiren, die als ungarische Staatsnoten gelten sollten und bestimmt seien, in Ungarn als Geldzeichen in Umlauf gelegt zu werden, und zwar habe, so viel Kläger wisse, Ludwig Rossuth diese Noten bei den hier angelagten Druckern bestellt. Letztere hätten sich verbindlich gemacht, solche Noten, meist Einguldennoten, im Betrage von mehr denn 100 Millionen Silbergulden herzustellen und dieselben im Laufe der gegenwärtigen Woche an Ludwig Rossuth abzuliefern, der sie ohne Zweifel in Ungarn um jeden Preis ablegen und nebst anderen Zwecken vermittelst derselben eine Revolution in Ungarn zuwege bringen wolle. Wogegen der Kaiser von Destreich eine Klage abhängig mache, infofern er den Drucker zur Herstellung dieser falschen Noten und zum Gebrauche des ungarischen Wappens nicht ermächtigt habe. Die Suspension des Druckes und der Ablieferung wurde, wie oben bemerkt, bewilligt, aber das gerichtliche Einschreiten geschah wahrscheinlich zu spät, um die Ablieferung ganz zu verhindern zu können. Der Druck dauert schon viele Wochen, und über 30 Millionen fl. waren vor acht Tagen fertig. Ob sie sofort an Rossuth abgeliefert wurden oder sich noch in den Händen der Drucker befinden, wird wohl der weitere Verlauf des Prozesses deuten.

London, 1. März. [Der Sklavenhandel; gegen den Bischof von Poitiers.] Die „Times“ befürwortet mit Wärme den neulich von Herrn Cave im Unterhause vorgeschlagenen Plan, den Sklavenhandel und die Sklaverei durch freie Einwanderung zu verhindern. „Wir haben“, sagt sie, „einen Vertrag mit China abgeschlossen, der uns in Stand setzt, Chinesen mit ihren Familien nach dem Westen zu bringen. Wir haben uns so gut genommen, daß wir uns ihr Vertrauen erworben haben. Während andere Nationen sie zu Dutzenden stehlen mögen, können wir freiwillige zu Tausenden haben, und wenn wir unsere Gesetze beobachten und unsere Schiffer und Pflanzer ehrlich sind, so sind wir vielleicht nicht weit von der Zeit entfernt, wo unsere westindischen Kolonien wieder ausblühen und der Sklavenhandel vernichtet wird, ohne daß wir ein Schiff oder ein Boot an der afrikanischen Küste zu unterhalten oder auch nur noch eine Million aus dem bri-

tischen Schatz zu opfern brauchen.“ — Dasselbe Blatt bringt einen scharfen Artikel gegen den Hirtenbrief des Bischofs von Poitiers.

Frankreich.

Paris, 1. März. [Österreichische Note.] Seit einigen Tagen kursieren hier Gerüchte Betreffs einer Note, die Fürst Metternich Herrn Thouvenel überreicht haben soll. In dieser Note soll die österreichische Regierung erklären, daß sie Victor Emanuel nie als König von Italien anerkennen werde; daß, falls Frankreich seine Truppen aus Rom abberuft, es dieselben sofort durch die seinen ersezten werde, und daß, wenn die Revolution die geringste Bewegung in Venetien oder Ungarn hervorrufen werde, die österreichische Armee sofort den Mincio überschreiten werde.

— [Mission des Generals Türr; die Adresse des Senats.] General Türr ist, wie schon telegr. gemeldet, hier angekommen. Er hat angeblich die Mission, der französischen Regierung das Vorstehen einer Bewegung in Ungarn auseinanderzusetzen und sich der Intentionen der Regierung, für den Fall, wo die Ungarn die Waffen ergreifen werden, zu versichern. Zu gleicher Zeit meldet man, daß Rossuth in London eine Anleihe von 80 Millionen eröffnet. General Türr hat vorgestern mit dem Prinzen Napoleon konferirt, von dem er zum Diner im Palais-Royal eingeladen war. (Wie die „Presse“ schreibt, hat sich General Türr gestern Abend nach London begeben.) — Die Adresse des Senats wird als ein armeliges Debüt in der parlamentarischen Laufbahn betrachtet. Dieses Denkmal der Plattheit ist von der Presse nach seinem richtigen Werthe gewürdigte worden. „Man wird vielleicht finden, indem man dieses Altenstück liest“, sagt ein Abendjournal, „daß der allgemeine Ausdruck der an den Kaiser gerichteten Glückwünsche mehr Platz darin einnimmt, als der eines dem Senat eigenen politischen Gedankens.“ Die Adresse erinnert an den Prozeß Pictompin, eine burleske Legende. In diesem angeblichen Prozeß kommt ein Angeklagter vor, der nur eine einzige Antwort hat: Angeklagter, fragt ihn der Präsident, Sie haben den Zeugen vernommen; was haben Sie darauf zu erwider? — Herr Präsident, ich bitte meine Tante an. — Wo haben Sie den Abend des Verbrechens zugebracht? — Ich bitte meine Tante an. — Der Angeklagte geht nicht davon ab. Herr Troplong scheint aus der Schule Pictompin zu stammen. Man fragt nach seiner Meinung über das innere Regime Frankreichs. — Ich bitte den Kaiser an, antwortet er. — Über die parlamentarische Freiheit. — Ich bitte den Kaiser an. — Über das Verhalten der auswärtigen Diplomatie, über Rom, über die europäische Bewegung. — Mr. Troplong betet den Kaiser an, und das genügt ihm. (R. 3.)

Paris, 2. März. [Das Auftreten des Prinzen Napoleon im Senat] erregt hier ungemeines Aufsehen, denn man erwartete nicht, daß der Prinz mit so großer Entschiedenheit in diese Diskussion eingreifen würde, und es gibt sogar nicht wenige, welche bis auf den gestrigen Tag weder die oratorische, noch die politische Begabung, von welcher der Vetter des Kaisers Proben abgelegt hat, anerkennen wollten. Es wird nicht uninteressant sein, einige Auszüge des Prinzen Napoleon über die Gültigkeit der Verträge und über das Papstthum ausführlicher mitzutheilen. Über die Verträge sagte der Prinz: „Ohne Zweifel sind diese Verträge zu achten, doch nur unter der Bedingung, sie zu verfliehen und, wenn wir können, sie zu zerreißen. (Schr gut!) Europa hat diese Verträge geachtet, aber nur unter der Bedingung, sie zu zerreißen, wenn es gegen uns ging. Denken Sie an Krakau! Ja, man hat sich gegen uns stets auf sie berufen, wahrscheinlich krafft der Lehrsätze des großen Rechtsgelehrten Batel, den Herr von Laroche-Jacquin gestern zitierte. Meine Herren Senatoren! Es ist des Kaisers Ruhm, daß er die Verträge von 1815 mit seinem Schwerte zerriß hat (Sehr gut, sehr gut!), und das Volk weiß es ihm Dank.“ (Sehr gut!) Was der Prinz über den Papst sagt, übersteigt alles Hörfähigliche: „Es ist interessant, in den vertrauten Auslassungen Napoleons die Spuren der Unterredungen, die er mit dem Papste in Fontainebleau hatte, zu verfolgen. Er war“, bemerkt der Kaiser, „nach Paris gekommen; er willigte ein, mir die Krone aufs Haupt zu setzen. Er dispensierte mich von der Kommunion. Aber nun kam das Kapitel über die Belohnungen. Es handelte sich um die Romagna und die Marken: da haben Sie die weltliche Seite! Doch noch mehr: einst ersucht der Papst den Kaiser, ein Stück Papier zu unterzeichnen, das schon einmal von Ludwig XIV. unterzeichnet worden, nämlich als Frau von Maintenon ihn beherrschte! Frau von Maintenon Besitzerin ihrer Religion! Doch was enthält dieses Stück Papier? Eine Abschaffung der berühmten Artikel von 1682. Der Kaiser entgegnete, er wolle seine Doktoren zu Rathe ziehen, und dabei blieb's; der Papst aber hat seine Schlappe nie vergessen.“ Kardinal Antonelli wird wegen seiner Annaten verhöhnt und die päpstliche Regierung kurz und gut eine „kindsche“ genannt. Nebenwegen ist der Prinz so güting, die weltliche Macht des Papstes nicht mit eigener Hand zerstören zu wollen. Wir überlassen das Geschäft, sagt er, der Zeit, dem Fortschritte und den Völkern. Er will nicht neben jedem Priester einen Gendarmen.

— Zur Adresse des gesetzgebenden Körpers. Das Amendement, das von den Herren Monnier de la Sizeranne, Geoffroy de Villeneuve, Guyard de Lalain, Larabure und Oquin zur Adresse des gesetzgebenden Körpers vorgeschlagen wird, lautet: „Gestern der hundertjährige und nationalen Politik, welche im Jahre 1848 dem heiligen Vater seine Staaten zurückgab, haben Sie, Sire, die Stärke Ihrer Armee vermehrt, als die Sicherheit und Unabhängigkeit des heiligen Vaters in Gefahr schwebten. Der gesetzgebende Körper dankt Ihnen dafür im Namen Frankreichs. Wir begen das Zutragen, daß der Kaiser, als Oberhaupt der ersten katholischen Nation, die weltliche Macht des Papstes schirmen wird, welche die nothwendige Bürgschaft für seine geistliche Unabhängigkeit und das Unterfangen für den Frieden Europas ist.“

Belgien.

Brüssel, 2. März. [Handelsvertrag.] Man versichert in unterrichteten Kreisen, daß der Handelsvertrag zwischen Belgien und Frankreich unterzeichnet sei. Frankreich erhält dadurch eine Ermäßigung der Eingangsrechte seiner Weine, welche sich auf ungefähr 200,000 Frs. belaufen wird. (R. 3.)

Italien.

Turin, 26. Febr. [Kleine Notizen.] Piemontesische Journale berichten, daß die Regierung beim päpstlichen Hofe energische Einsprache gegen den Aufenthalt des Königs Franz II. in Rom gemacht hätte und daß diese Einsprache, von Frankreich und England unterstützt, auf energische Entschlüsse hindente. — Wie der "Indépendance" geschrieben wird, hat General Cialdini nicht nur den Lorbeerkrantz, den ihm die Stadt Turin darbringen wollte, sondern auch den Titel eines Herzogs von Gaeta abgelehnt, den ihm der König zugesetzt hatte. Als alter Soldat der Revolution in Portugal, Spanien und Italien widerstrebe ihm der Adelstitel, aber der König bestrehe darauf, daß er diese Würde und das große Band des Anunziata-Ordens annehme. — Graf Cavour hat vor kurzem den Oberst-Lieutenant Chiodo nach Turin berufen, der auf seinen Wunsch ein Projekt zum Bau eines Seearsenals ausgearbeitet hat. Die Kosten sind auf 32,000,000 Lire angefallen. — Das Municipium von Brescia hat der Mutter des Tito Speri, der vor einigen Jahren in Mantua gehängt wurde, eine Pension von 1000 Fr. bewilligt. — In den letzten Tagen sind über 300 Garibaldi'sche Offiziere von Neapel in Genua eingetroffen. — Verflossenen Sonnabend wurde die auf Rechnung der sardinischen Regierung gebaute Panzersregatte in Toulon vom Stapel gelassen. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten soll Mazzini bei Garibaldi in Caprera verweilen. — Das Teatro nuovo von Neapel ist in der Nacht vom 19. Februar ein Raub der Flammen geworden. — Auf der Eisenbahn von Caserta nach Maddalona fand ein Unfall statt, wobei zehn Individuen, unter ihnen fünf Garibaldiner, tot blieben und fünf oder sechs verwundet wurden. — Ein königl. Dekret vom 12. Febr. gewährt den Katholiken auf der Insel Sicilien dieselben bürgerlichen und politischen Rechte, wie den übrigen Bürgern.

[Invasionspläne des Herzogs von Modena.] Diesen Morgen ging eine Abtheilung Trainoldaten mit Pferden nach Piacenza ab. Man wird, wie es scheint, die gegen den Mincio vorgehobenen Posten verstärken, da man von neuen Invasionsplänen des Herzogs von Modena Kenntnis hat. Daß es diesem Ernst sei, schließt man daraus, daß an der Grenze sehr viel Münze, mit seinem Brustbild geziert, exklusiv, da der Erzherzog nicht der Mann sei, solche kostspielige Experimente lediglich als eitle Demonstration aufzustellen. Auch ist man hier staatsgefährlichen Korrespondenzen modenesischer Beamten und Geistlichen mit dem Auslande auf der Spur. Doch läßt man die Leute noch etwas gewähren, um später desto erfolgreicher einzuschreiten zu können. (K. 3.)

[Türr und Klapka.] Die "Opinion Nationale" veröffentlicht die Zeitschrift, welche General Stephan Türr unter dem 5. Februar aus Mailand an die Generalversammlung des Szabolcer Komitats gerichtet hat, die ihn zum Mitgliede der Verwaltungsbörde erwählt hatte. Er will keine Garantie, sondern die Rückgabe aller konstitutionellen Rechte, die Entfernung aller fremden Soldaten aus Ungarn, die Wiederherstellung des ungarischen Heeres u. s. w. — Wie dem Reuterschen Telegraphenbüro aus Turin gemeldet wird, hat General Klapka in einer zu Turin gehaltenen Versammlung ungarischer und italienischer Patrioten sich gegen jede Revolution in Ungarn erklärt, da dieses Land noch keineswegs zu einer Erhebung fertig sei.

Turin, 27. Februar. [Friedensaussichten; Bixio und Fr. Szarvady.] Die Friedensaussichten für dieses Jahr erhalten sich, und Niemand glaubt ernstlich an einen Konflikt. Garibaldi ist ebenfalls fest entschlossen, sich ruhig zu verhalten. Wenn aber die österreichische Regierung sich mit den Ungarn nicht auf Grundlage der Konstitution von 1848 verständigt, so wird er sein Wort lösen und mit seinen Freiwilligen wieder auf dem Kampfplatz erscheinen. — Bixio, der ehemalige französische Minister, und Fr. Szarvady sind hier und haben beide mit Cavour eine lange Unterredung gehabt, was hier zu der Vermuthung veranlaßt, es handle sich um eine Mission, da Leptorer in vertrauter Beziehung zu Kossuth steht und auch von Cavour gut gelitten ist. Ich glaube aber nicht, daß diese Ansicht gegründet ist. Von Kossuth heißt es aber nicht, daß diese Ansicht gegründet ist. Von Kossuth heißt es aber nicht, daß er England verlassen und nach Italien übersiedeln wolle. (K. 3.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus Rom, 23. Februar, schreibt man der "B. Z." : Beim nun wieder offenen Verkehr mit Gaeta erfahren wir von Hin- und Hergehenden gar Manches, das nun allzusehr beweist, wie die über die begeisterte Freudigkeit der Garnison und ihre unbedingte Hingabe für die Sache des Königs, über die Wirkungslosigkeit des piemontesischen Bombardements, über die sieben- bis achtmonatliche treffliche Verproviantirung und ähnliche von hier in Umlauf gesetzte Nachrichten nichts als Übertreibungen waren, welche nun die Thalachen Lügen strafen. Die piemontesische Artillerie hat während der Belagerung mehr als eine halbe Million Bomben, Granaten und Vollkugeln auf die Festung geworfen und solche Projekte sind am Ende keine Confetti. Sie haben denn auch, wie jetzt Feder mit eigenen Augen sieht, schreckhafte Verwüstungen angerichtet und die vierte Pulverexplosion innerhalb der Wälle, ungewiß ob durch Feind oder Freund herbeigeführt, kostete einem ganzen Bataillon der Besatzung das Leben, geschweige daß sie eine ganze Mauerbastion niederwarf, was für eine Breche gelten könnte. Der sächsische Gesandte v. Kleist soll dem Könige während des Bombardements durch seine Lamentationen unangenehme Augenblicke gemacht und zu seinem endlichen Entschluß, sich zu ergeben, besonders beigetragen haben. Cialdini ließ den vor und in Gaeta Gefallenen eine prächtige Leichenfeier halten. Die neapolitanische Königsfamilie ist noch hier, bereitet sich aber zur Abreise nach Deutschland vor. — Da der staatlichen Selbständigkeit der päpstlichen Regierung die gänzliche Auflösung immer näher rückt, so geht man damit um, die Zuavenbataillone, welche nach Lamortiere's Plan gebildet wurden, als Freiwillige in österreichische Dienste treten zu lassen, um sie sich dergestalt für künftige Zeiten zu erhalten. Die meisten der Soldaten zeigen sich nicht abgeneigt. Dagegen ist von den Liberalen in Neapel und hier für die nächsten kriegerischen Unternehmungen die Parole ausgegeben: "Destruktiv muß wieder ein Herzogthum werden und nicht mehr."

Das "Giornale di Roma" vom 23. Febr. veröffentlicht den Protest des Kardinals Rario Sforza von Neapel an den Prinzen Eugen von Savoyen, Carignan, Statthalter in Neapel, gegen die Dekrete in Betreff der Mönchsorden. Der Kardinal beruft sich auf Art. 14 des zwischen dem Papst und Piemont abgeschlossenen Kon-

fords über Herstellung der Mönchsorden. Der Kardinal beschwert sich auch über das Mundschreiben des Direktors für Kirchenfachen, in welchem er eine Befreiung gegen die Klöster findet, besonders in der Stelle, worin diese bezeichnet werden als "Orte des Aberglaubens", Herde der Verderbtheit und politischer Umtriebe, welche nicht mehr fromme Psalmen singen, sondern sich in straffbaren Wünschen nach Umsturz der öffentlichen Ordnung ergehen". Der Kardinal Erzbischof erwiderete hierauf: "Kaum man eine Sprache führen, die geeigneter wäre, alle Gefühle des Friedens und der Eintracht, die ich meinerseits zu erhalten mich bemühe, zu vernichten?"

Aus Netti schreibt man der "Nazione" über die Plünderung Collalto's durch die päpstlichen Zuaven: "Nachdem die Zuaven, ungefähr 1500 Mann stark, die kleine Stadt Collalto geplündert, haben sie alle Häuser verwüstet zerstört oder eingeschossen. Der Arzt Bartolomeo Lutini wurde niedergestochen, eben so seine Schwester, welche zu seiner Vertheidigung herbeieilte. Der Syndikus der Stadt wurde für tot zurückgelassen; der Portier der Familie Imperie wurde nebst seiner Frau erwürgt, und den Leichnam eines Kindes trug man im Triumph an einem Bayonnette herum. Die päpstlichen Zuaven, welche in dem festen Schloß von Collalto liegen, haben Geizheln mit dahin genommen und brandschatzen von diesem Platze aus die ganze Gegend."

Wie man der "Nazione" aus Netti, 19. Febr., meldet, wurde Collalto gestern von den Päpstlichen wieder geräumt. Sie zogen sich auf Poggio Ginolfo zurück, gegen welchen Punkt die Abtheilungen Masi und Vincentini sammt zwei Compagnien von den Truppen des Generals Sonnaz im Anmarsche sind.

Das "Movimento" veröffentlicht einen Tagesbefehl des Majors der päpstlichen Zuaven Favavani, der aus San Gregorio vom 17. Februar datirt ist und worin dieser Major, das Saufen, die Bettialitäten, boshaften und schamlosen Reden seiner Leute tadeln und sagt, daß sie sogar nicht immer die heilige Kirche und deren Diener schonten. Major Piccioni sah sich veranlaßt, seine Leute so scharf zu ermahnen, weil sich viele gute und treue Unterthanen des heiligen Vaters wegen Ungehörlichkeiten beklagt hatten, mit denen sie "Lebensmittel und andere Bedürfnisse" eintreiben.

Die "Dest. Ztg." veröffentlicht folgenden Tagesbefehl des Königs Franz II., d. d. Gaeta vom 14. Februar 1861:

Generale, Offiziere und Soldaten der Armee von Gaeta! Das Kriegsrecht trennt uns nach fünf Monaten, in denen wir für die Unabhängigkeit des Vaterlandes gekämpft, die selben Gefahren, dieselben Entbehrungen leidend. Es ist für mich der Augenblick gekommen, Euren heldenmütigen Opfern ein Ende zu machen. Der Widerstand war unmöglich geworden, und wenn es mein Wunsch als Soldat war, gleich Euch das lezte Bollwerk der Monarchie bis zum Falle unter den zusammenfügenden Mauern von Gaeta zu verteidigen, so befahl mir heute meine Pflicht als König, als Vater, ein edles Blut zu schonen, dessen Vergiebung unter den gegenwärtigen Umständen nur die lezte Kundgebung eines vergeblichen Heldenmuthes sein würde. Eurettwegen, meine thurenen Waffengefährten, um an Eure Zukunft zu denken, wegen der Rücksichten, welche Eure Loyalität, Eure Standhaftigkeit, Eure Bravour verdienen, Eurettwegen entzage ich dem militärischen Erbfeinde, die lezten Angriffe eines Feindes zurückzuweisen, welcher den von solchen Soldaten verteidigten Platz nicht genommen haben würde, ohne seinen Weg mit Todten zu bahnen. Soldaten der Armee von Gaeta! Seit zehn Monaten kämpft Ihr mit unvergleichlichem Muthe, der innere Verrath, der Angriff fremder revolutionärer Banden, der Einfall einer Macht, welche man für befriedet hält, nichts hat Eure Bravour zu schwächen, Eure Standhaftigkeit zu ermüden vermocht. In der Mitte der Leiden jeder Art durchschritten Ihr die Schlachtfelder, den Verläßtoreien, die schrecklicher als Eisen, als Blei, Tropf bietet. Ihr seit nach Capo und Gaeta gekommen, Euren Heldenmuth an den Ufern des Volturno und Garigliano verfolgend, drei Monate lang innerhalb dieser Mauern die Anstrengungen eines Feindes herausfordernd, welcher über alle Hülfssquellen Italiens verfügte. Dank Euch, ist die Ehre der Arme beider Sicilien gerecht, Dank Euch, kann Euer Souverän das Haupt mit Stolz erheben, und auf dem Boden des Exils, wo er die Gerechtigkeit des Himmels erwarten wird, wird die Erinnerung an die heldenmütige Loyalität seiner Soldaten der süßeste Trost in seinem Unglück sein. Eine besondere Medaille wird unter Euch zur Erinnerung an die Belagerung vertheilt werden, und wenn meine thurenen Soldaten in den Schoß ihrer Familien zurückkehren werden, werden alle Ehrenmänner das Haupt auf ihren Schriften neigen und die Mütter werden als Beispiel den Söhnen die braven Vertheidiger von Gaeta zeigen. Generale, Offiziere und Soldaten! Ich danke Euch Allen, Allen drücke ich die Hand mit dem Erfüll der Einigung und Einköniglichkeit. Ich sage Euch nicht Lebewohl, aber auf Wiedersehen! Bewahrt mir unterdessen Eure Loyalität, wie Euch seine Dankbarkeit und seine Liebe bewahren wird Euer König — Franz."

Ein Blatt in Nantes, die "Esperance du Peuple", bringt einen Bericht aus der Feder des Grafen Pelet de Lautrec, der als Generalstabschef beim Kommando der Landbatterien der Festung Gaeta selbst eine hervorragende Rolle in der Vertheidigung spielt. Der Bericht beginnt damit, die große Überlegenheit der feindlichen Artillerie anzuerkennen, dessen ungeachtet seien aber die Verluste nicht erheblich gewesen und die Krankheiten hätten nur deshalb einen gefährlichen Charakter angenommen, weil Cialdini die Verschönerung der Hospitäler verweigert hatte, und daher ganz ungeeignete und ungenügende Räume für den Lazarethdienst verwendet werden mußten. Der Bericht läßt es unentschieden, ob bei den Explosionen der Pulvermagazine Berrath im Spiele war, jedenfalls sei zu berücksichtigen, daß der Feind gezogene Kanonen von großem Kaliber hatte, deren Geschosse eine außerordentliche Penetrationskraft hatten; Gaeta sei die erste Festung, die einer solchen Artillerie ausgesetzt war, und auf welche die Fortifikationen nicht berechnet sein konnten.

Man schreibt dem "Moniteur" aus Neapel unter dem 23. Februar: "Bei Gelegenheit der Übergabe von Gaeta hat der Prinz von Carignan von dem ihm bewilligten Vorrechte, zu begnadigen, Gebrauch gemacht und durch Dekret alle wegen politischer Vergehen bis zum 17. Februar ausgesprochenen Urtheile, so wie alle Gerichtsverfahren von derselben Art und während derselben Epoche annulliert."

Wie aus Neapel, 23. Februar, gemeldet wird, forderte der Prinz-Stathalter den Kardinal auf, seinen Beitritt zur legitimen Regierung Victor Emanuels zu erklären; im Falle der Verweigerung werde ihm die Ausübung seines nicht legalen Berufes untersagt.

Laut Turiner Nachrichten aus Neapel vom 1. März war das Feuer auf Civitella del Tronto am vorhergehenden Tage eröffnet worden. Der Prinz von Carignan hatte dem englischen Admiral einen Besuch an Bord seines Admiralschiffes abgestattet. In Messina wurden italienische Truppen mit Artillerie erwartet.

Der Angriff auf die Zitadelle von Messina wird beginnen, sobald die erforderliche Anzahl von Geschützen zur Stelle ist. Die Turiner Depesche, welche diese Angabe bringt, fügt hinzu: "Franz II. hat eine hartnäckige Vertheidigung angeordnet, und Marshall Fergola erklärt, er werde die Stadt Messina in Flammen aufzehren lassen, wenn die Zitadelle angegriffen werde." Und doch hat König Franz in der Kapitulation von Gaeta sein Fürstenwort

verpfändet, den Kommandanten in den Zitadellen von Messina und Civitella del Tronto Weisung zur Übergabe zu ertheilen. So, noch mehr, König Franz hat die ganze Besatzung von Gaeta in Gefangenshaft ziehen lassen als Pfand bis die genannten Zitadellen übergeben würden. Unter solchen Verhältnissen wird aus Turin gemeldet, daß dem Marshall Fergola von dem italienischen kommandirenden General angedroht worden, falls er Messina bombardire, werde ihm keine Kapitulation bewilligt werden. Wir haben schon berichtet, daß die bourbonistischen Banden, welche fortan noch in den Abruzzen sich zeigen, außer dem Gesetz erklärt sind und wie gemeine Banditen behandelt werden sollen. Der Angriff auf Civitella del Tronto ist nur bis zur Ankunft von Artillerie aufgeschoben. Man ist in Turin jetzt überzeugt, daß man scharf durchgreifen müsse, und man ist entschlossen, jetzt um so entschiedener zu handeln, weil man in Erfahrung gebracht, daß diese Dinge mit einem großen Plane der Reaction zusammenhängen. Der neapolitanische Korrespondent des "Journal des Débats" meldet in einer telegraphischen Depesche, Cialdini habe Fergola auf dessen Drohung, Messina bombardiren zu wollen, erklärt lassen, er, Cialdini, werde in diesem Falle für jedes Opfer, das in der Stadt Messina umkomme, einen Offizier der Besatzung der Zitadelle erschießen lassen und die Güter der Offiziere mit Beschlag belegen, um damit die Bürger von Messina zu entschädigen.

Nußland und Polen.

Petersburg, 2. März. [Teleg.]. Die Sitzungen des Reichsraths bezüglich der Bauernfrage nähern sich ihrem Ende und soll die Emancipation der Bauern während der großen Fasten proklamirt werden. (Scheint im Widerspruch mit den amtlichen Auslassungen über diese Angelegenheit zu stehen — s. Nr. 52. D. Ned.)

Warschau, 2. März. [Die Adresse an den Kaiser], deren Inhalt wir gestern telegraphisch andeuteten, lautet nach dem französischen Texte (in welchem sie überendet ist) vollständig, wie folgt:

"Sire! Die schmerzlichen Vorfälle, welche sich in Warschau ereignet haben, die Erbitterung, welche Ihnen vorangegangen und nachgefolgt ist, und das tiefe Gefühl der Trauer, das alle Gemüther erfüllt, haben uns bewogen, die gegenwärtige Bittschrift im Namen des ganzen Landes zu den Füßen Ew. Majestät niederzulegen, in der Hoffnung, Ihr edles Herz, Sire, werde nicht taub bleiben für die Stimme eines so unglücklichen Volkes. Die Ereignisse, deren peinliche Scenen wir zu beschreiben uns enthalten, sind in keiner Weise durch die Begierde besonderer Klassen der Bevölkerung nach einem Umsturz der bestehenden Verhältnisse hervorgerufen. Sie sind im Geiste einer einmütige und beredte Kundgebung zurückgedrängter Gefühle und verkannter Bedürfnisse. Mehr als ein halbes Jahrhundert eines Martyrthums, das der ganzen Nation — einer Nation, die Jahrhunderte lang mit liberalen Institutionen regiert ward — ausgerlegt worden, hat diese Nation selbst eines gesetzlichen Organs beraubt, um ihre Klagen und den Ausdruck der allgemeinen Noth an den Thron des Souveräns zu bringen. Dieser Zustand der Dinge hat dieses Volk gewaltsam zu der Überzeugung gebracht, es könne seiner Stimme nur durch den Aufschrei seiner Opfer Gehör verschaffen, und es steht auch nicht an, sie als Sünderopfer dargubieten.

In den Tiefen der Seele jedes Bewohners dieses unglücklichen Landes lodert ein tiefes Gefühl der eigensten Nationalität, welche von der der übrigen Völker Europas unterschieden ist. Dieses Gefühl widersteht den Einwirkungen der Zeit und der Ereignisse; das Unglück, weit entfernt, es zu schwächen, hat es verdoppelt. Alles, was dasselbe verlebt oder ihm zunahm, verwirrt und beunruhigt die Gemüther. Und jener unstillige Einfluß hat auch alles Vertrauen zwischen den Regierenden und den Regierten untergraben. Das Vertrauen aber wird sich nicht wiederherstellen, so lange die Anwendung gewaltsamer und doch ganz wirkungsloser Repressivmaßregeln fortduert. Dieses Land, vormals auf gleicher Höhe der Zivilisation mit seinen europäischen Nachbarn, kann sich weder moralisch noch materiell entwickeln, so lange seine Kirche, seine Gesetzgebung, sein öffentliches Erziehungs- und seine gesammte soziale Organisation des Stempels seines nationalen Genius und seiner historischen Überlieferungen beraubt sind. Die Sehnsucht der Nation ist um soviel glühender, da sie in der großen Familie der europäischen Nationen heute beinahe allein sich der absoluten Bedingungen ihres Daseins beraubt findet, ohne welche keine Gesellschaft das Ziel der Entwicklung erreichen kann, welches ihr die Vorstellung gesteckt hat. Indem wir an den Stufen des Thrones den Ausdruck dieses Schmerzes und unserer glühenden Wünsche im Vertrauen auf die Gefühle der vollen Bilität und Gerechtigkeit Ew. Majestät niederlegen, wagen wir, Sire, an Ihre Großmuth zu appelliren. Ew. Kais. und Königl. Majestät gefreute Unterthanen."

Vorstehende Adresse ist im Hotel des Grafen Andreas Zamyski, des Präsidenten vom landwirthschaftlichen Zentralverein, berathen und mit zahlreichen Unterschriften bedeckt. Die Übergabe an den Fürsten Stathalter zur Förderung an den Kaiser hat am 28. Februar Nachmittags stattgefunden.

In der Versammlung, in welcher die Adresse beschlossen wurde, herrschte, wie der "B. H. B." gemeldet wird, eine gemäßigte leidenschaftlose Stimmung. Die Erältterten unter der Versammlung blieben mit ihren den Verhältnissen durchaus nicht entsprechenden Wünschen und Bemühungen durchaus in der Minderheit. Die Adresse und die auf Befreiung der bei dem tumulte Gefangenen gerichteten Anträge an den Polizeimeister wurden ohne alle Erregtheit und in der gemäßigtesten Haltung beschlossen. — Die Sammlung, die in Warschau zum Zweck einer feierlichen Leichenbestattung und zur Unterstützung der Verwundeten und der von den gefallenen Personen hinterlassenen Angehörigen veranstaltet wurde, hatte bis vorgestern die Summe von 15,000 Rubeln erreicht; man rechnet auf einen Gesamtvertrag von 20,000 Rubeln.

[Die Bestattung der Gefallenen; Abreise der Fürstin Gorchakoff.] Bei dem heutigen Trauerruge der fünf Gefallenen vom 27. Februar war die halbe Stadt anwesend. Der Leichenzug nahm, nach dem darüber gestern veröffentlichten Programm, von der Kreuzkirche, nach dort abgehaltenem Trauergottesdienst, seinen Weg durch die Krakauer Vorstadt und über den Sächsischen Platz nach dem Powonsker Kirchhof; voran die Waisen und die Aeltesten der hiesigen Wohlthätigkeitsgesellschaft, dann die Böblinge der hiesigen Schulen, die Innungen mit Trauerschänen und Kerzen, die Geistlichkeit, hinter dieser die Leichen der Gebliebenen, sodann die Rabbiner in ihrer Amstracht. Auf den

Särgen, die sämtlich den über eine halbe Stunde langen Weg von der Jugend auf den Schultern getragen wurden, lagen Palmenzweige und Dornenkranze. Warschauer Blättern zufolge sind die Namen der Gefallenen folgende: Marcel Karczewski, Gutsbes. 56 J. alt, aus dem Kreise Sieradz; Zdzislaw Rutkowski, 23 J. alt, Gutsbes. aus Taszowice, Gov. Radom; Techniker Witte, Franzose, beim Brückenbau beschäftigt gewesen; Karl Brendel, Arbeiter in den Eisenwerkstätten und der Schüler Michael Arcichiewicz. — Die Gemahlin des Fürsten Statthalters, Fürstin Gortschakoff, hat mit ihrer Tochter vorgestern Warschau verlassen.

Die Adresse ist in polnischer und französischer Sprache durch eine Deputation, welcher der Erzbischof, der Graf Andr. Zamyski, die Kaufleute R. Schlenfer und L. Kronenberg angehören, dem Statthalter für den Kaiser überreicht worden. Der Fürst Gortschakoff wird heute mit derselben nach Petersburg reisen und die Deputation wird in einigen Tagen mit den Unterschriften nachfolgen. Alle Klassen der Bürgerschaft, sogar Beamte, betheiligen sich an der Unterschrift, und man darf wohl sagen, daß die Adresse, so wenig sie in Einzelheiten eingeht, ein treuer Ausdruck der allgemeinen Gesinnung ist. Möge sie bei dem Monarchen, der seine erste Regierungszeit durch so viele edle Maßregeln bezeichnet hat, eine wohlwollende Aufnahme finden. (Schl. 3.)

Türf ei.

Konstantinopol, 23. Febr. [Teleg. Notizen.] Die letzte Einberufung der Rediss umfaßt 48 Bataillone zu 800 Mann. — Ismail Pascha, Militärfommmandant von Widdin und andere Offiziere unternehmen eine Inspektionsreise an die Donaufer bis Tulkha und Sulina. — Ein Gesetz wegen Abschaffung des Zehntpachts wurde publiziert. — Der Telegraph bis Bagdad ist vollendet. — Nach dem "Journal de Constantinople" sind die Unterhandlungen mit einem Pariser Hause wegen Übernahme der Anleihe dem Abschluß nahe. Mehrere Chefs hiesiger Bankhäuser sind nach Paris gereist. — Angestellte des auswärtigen Ministeriums sind mit wichtigen Depeschen für Lavalette eingetroffen. — Es zirkulirt das Gericht von der bevorstehenden Ankunft Orloffs und Ersezung Lavalette's durch Niel. — Die Pforte beschloß gegen die längere Okkupation Syriens zu protestieren. — Aus Beyrut, 18. Februar, erfährt man, daß die Geistlichkeit daselbst Kirchengebete für die Verlängerung der französischen Okkupation Syriens angeordnet habe.

Jerusalem, 29. Febr. [Verhaftung.] Der Kaimakam von Naplus wurde sammt allen Beamten wegen Bestechung und Unterschleiß verhaftet.

Griechenland.

Athen, 23. Febr. [Die Wahlen] sind beendet, und fast ausschließlich ministeriell ausgefallen.

Mic en.

Teheran, 8. Jan. [Wegen Errichtung von russischen Lagern] in Balu und Gunii findet ein Notenwechsel zwischen der persischen, türkischen und russischen Regierung statt.

Yedo, 13. Dez. [Von der preußischen Expedition.] Bisher hatten sich alle Verhandlungen mit der japanischen Regierung erst um die einfache und erste Frage gedreht, ob überhaupt ein Vertrag mit Preußen abgeschlossen werden sollte, oder nicht. Ich kann jetzt nun mittheilen, daß diese Frage im Schooße des japanischen Ministeriums vor Kurzem entschieden ist, und zwar zu unsrer Gunsten. Als sie in der letzten Beschlusssitzung zu endlicher Abstimmung kam, votirte die Majorität gegen den Vertragsabschluß; der Minister des Auswärtigen, welcher uns günstig gesinnt, blieb in einer geringen Minderheit. Der Taikun entschied sich jedoch für uns und befahl alle Anordnungen zu treffen, um die Verhandlungen einzuleiten; worauf 2 Minister ihre Entlassung nahmen. Ist dies nicht ganz europäisch? Diese Angaben müssen jedoch cum grano salis aufgenommen werden; gewiß ist nur, daß die Kommissarien ernannt sind, und daß heute Nachmittag 1 Uhr im Gesandtschaftshotel die erste Sitzung stattfand, welche mit dem Austausch der Beglaubigungen begann. Der Gesandte, geht das Gerücht, werde auch eine Audienz beim Taikun haben, eine Ehre, welche außer den holländischen Direktoren von Decima, und diesen hinter Gitterwerk, noch keinem Europäer zu Theil geworden ist. Soll ich noch hinzufügen, daß wir wieder aufleben, daß wir bereits den Tag der Abreise zu berechnen beginnen und uns schon unter vollen Segeln, nach China steuernd, seben? Die günstige Wendung in den Verhandlungen schien schon vor 14 Tagen angedeutet zu werden, als in Erwiderung auf den von uns bereits übergebenen Theil der Geschenke, der Erd- und Himmelsgloben, Gegengeschenke von Taikun, bestehend in 2 großen silbernen Kohlenbeckern und 12 Kisten mit Seidenzeug für Se. Königl. Hoheit den Prinz-Regenten ankamen. Hierbei ereignete sich ein interessanter Zwischenfall. Als der Gesandtschaftsattaché Herr v. Brandt den beiden Daimios, welche die Geschenke überbrachten, vorgestellt wurde, fragte der eine, ob er der selbe v. Brandt sei, welcher über die Taikin der drei Waffengattungen geschrieben? „Nein! das ist der Vater!“ war die Antwort, „der preußische General v. Brandt.“ Und darauf bemerkte jener, er freue sich, die Bekanntheit wenigstens des Sohnes zu machen; sie leierten das Buch recht gut und besaßen es auch in japanischer Uebersetzung. Tags darauf kam es als Geschenk an, damit Hr. v. Brandt es seinem Vater zeigen könne, als einen Beweis, wie man auch in Japan die Verdienste und Leistungen bedeutender Europäer zu würdigen wisse. Am 4. Dezember ankerte die „Elbe“, von Hongkong und Nangasaki kommend, in Yedobai. Die Vermessungen schreiten wacker fort, und ich glaube, wir werden eine hübsche Karte ediren können. (N. 3.)

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

— Der Schluß des Berichts der Kommission des Abgeordnetenhauses über die Grundsteuervorlagen lautet:

Der Bericht derselben Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, ist ebenfalls vom Abg. Burghart abgefasst. Es ist hier daran zu erinnern, daß die Gebäudesteuer nach der gegenwärtigen Regierungsvorlage nicht früher als die gleichmäßig für das ganze Land regulierte Eigentumssteuer erhoben werden soll, während im vorigen Jahre die Absicht auf eine möglichst schnelle Einführung der Gebäudesteuer (vom 1. Jan. 1862 ab) neben einer altmäßigen Vorbereitung der Grundsteuerausgleichung gerichtet war. Bei den einzelnen Paragraphen sind nur drei unerhebliche Abänderungen, denen die Regierung zutimmt, vorgeschlagen. Die definitive Abstimmung ist bis zum Schluß der Berathung

über den dritten Entwurf ausgesetzt. Der Bericht derselben Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die für Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen zu gewährnde Entschädigung, enthält mehrfache Abänderungen (Berichterstatter: Abg. v. Benda). Dieser Entwurf nimmt in dem Plane der diesjährigen Gesetzentwürfe zur anderweitigen Regelung der Grundsteuern eine gegen die Vorlagen der früheren Jahre veränderte Stellung ein. Die Veranlagung der eximierten Güter und Grundstücke innerhalb der bestehenden landesüblichen Steuerverfassungen — in Verbindung mit einer den bevorzugten Besitzern zu gewährenden Entschädigung — die Begründung eines relativ dauernden Zustandes auf dieser Grundlage, stand nach den Entwürfen der Vorjahre in erster Linie; die Ausgleichung der Grundsteuer innerhalb der Monarchie, die Erhebung eines gleichmäßigen Prozentsatzes von dem Reinertrag aller Eigentümern war dagegen auch nach der Regierungsvorlage des vorigen Jahres noch in weitere Ferne gerückt. Der Gesetzentwurf I. der diesjährigen Vorlagen lehrt dies Verhältniß um. Er sieht die Grundsteuer von den Eigentümern auf den Betrag von 10 Millionen Thlr. fest und verordnet die Erhebung derselben nach einem gleichmäßigen Prozentsatz von dem Reinertrag aller Grundstücke von einem bestimmten Zeitpunkte, vom 1. Jan. 1865 ab. Das Nebengassstadion, welches nach den früheren Entwürfen unter Aufhebung der Steuerprivilegien geschaffen werden sollte, fällt hinweg; auch die bevorzugten oder freien Grundstücke werden sofort von der allgemeinen und gleichmäßigen Veranlagung betroffen, welche sich über die gesamte Monarchie erstreckt. Die Entschädigungsfrage wird hierdurch wesentlich berührt und die Veranlagung findet nicht mehr Bechuß wirklicher Erhebung dieser Steuern, sondern ausschließlich zu dem vorübergehenden Zwecke statt, daß die Gesamtentschädigungskapital zu ermitteln, welches unter die befreiteten Grundbesitzer zu verteilen ist. Die Kommission hält es für ihre Aufgabe, vor Allem die Hauptgrundsätze der Vorlage zur Entscheidung zu bringen und beschloß, mit der allgemeinen Debatte die Berathung über die §§. 2, 4 und 9 des Gesetzentwurfs in Verbindung zu setzen. Die besondere Anwendung, welche die Entschädigungsgrundsätze in der diesjährigen Gesetzesvorlage gefunden haben, gab zu mehrfachen Einprächen Veranlassung. Zunächst wurde von einer Seite die Vorlage im §. 2 als ungerechtfertigt angefochten, nach welcher die privatrechtlich eximierten Grundbesitzer — abweichend von den früheren Regierungsentwürfen — nicht nach dem landesüblichen, sondern nach dem weit höheren Steuerbetrag der neu zu regulirenden Grundsteuer ihre Entschädigung erhalten sollen. Bei Aufhebung von Privilegien kommt nicht das lucrum cessans, sondern nur das damnum emergens in Betracht. Der Kommissarius der Regierung empfahl die unveränderte Annahme des §. 2 und des Amendements, welches dahin lautete, in fine des §. 2 hinzuzufügen: „desjenigen Grundsteuerbetrag, welchen sie nach dem landesüblichen Grundsteuerfuß mehr leisten müßten, als sie dermalen leisten“; dieses wurde aber demnächst mit 14 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Der §. 9 der Regierungsvorlage, nach welchem auch für diejenigen Grundbesitzer, denen ein spezieller Rechtsstitel nur zur Seite steht, ihr Anteil an dem Gesamtentschädigungskapital nach dem Betrage der ihnen von 1865 ab neu aufzulegenden Grundsteuern bemessen werden soll, war hierauf Gegenstand der Berathung, wurde aber einstimmig angenommen. In Hinsicht des Maahs der Besitzer von eximierten Grundstücken zu bestimmen den Entschädigungen war die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder zunächst dahin einverstanden, daß den nicht speziell privilegierten Grundbesitzern, denen ohnehin ihre Exemption abermals bis zum Jahre 1865 gesichert sei, keinenfalls mehr gewährt werden dürfe, als der 1/3-fachen Betrag der Mehrbelastung an Grundsteuern, welchen sie zusammenommen zu entrichten gehabt hätten, wenn ihre Grundstück nach Maahgabe der landesüblichen Steuerverfassungen veranlagt worden wären. Indem sich die Kommission nunmehr für die Bevollmächtigung einer Entschädigung in Kapital entschieden hatte, verblieb ihr die Aufgabe, über die Ermittlung dieses nach §. 9 des Entwurfs unter die befreiteten Grundbesitzer zu vertheilenden Entschädigungskapitalen Beschluß zu fassen. In dieser Beziehung wird wiederholt von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß es überaus wünschenswerth sei, die besondere, nach den Vorschrägen der Regierung erforderliche Veranlagung der befreiten und bevorzugten Güter innerhalb der bestehenden Steuersysteme zu vermeiden, da dieselbe zu einem anderen Zwecke, als zur Feststellung des Gesamtentschädigungskapitals diene, und diese sich mit genügender Zuverlässigkeit wohl auf einfacherem Wege erreichen lasse. Die Jahresteuer, welche bei Einführung der eximierten Grundstücke zur landesüblichen Steuer die Besitzer mehr zu entrichten haben, beträgt 719,113 Thlr., und wenn man hiervon wieder 40,000 Thlr. abziehe, als den ungefähren Betrag, welcher auf die speziell privilegierten Besitzer falle, so verbleiben 679,113 Thlr. Nehme man hiervon aber den 1/3-fachen Betrag, so ergebe sich ein Gesamtentschädigungskapital von 9,054,840 Thlr., oder in runder Summe von 9 Millionen Thlr., welche den nicht speziell privilegierten Grundbesitzern in ihrer Gesamtheit als Abfindung zuzubilligen seien. Der §. 4 wäre hierauf folgendermaßen zu fassen: „Zur Entschädigung der Besitzer solcher seither von der Grundsteuer befreiten oder hinsichtlich derselben bevorzugten Güter oder Grundstücke, welche weder einen Rechtsstitel der im §. 2 gegebenen Art für sich geltend machen können, noch zu den im §. 3 dieses Gesetzes oder in den §. 2 zu 5 und §. 21 zu 2 des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, bezeichneten gehören, ist im Ganzen ein Kapital von 9 Millionen Thlr. zu verwenden.“

Diesem Vorschlag schließt sich die Regierung an und die Kommission nimmt denselben einstimmig an. Es waren hierdurch die Hauptbestimmungen der Gesetzesvorlage im §. 2, 4 und 9 festgestellt; zugleich aber durch Annahme des zuletzt ergangenen Amendements das Ermittlungsvorfahren der Anlage des Gesetzes bestätigt und die Einzelvorschriften des Gesetzentwurfs derart geformt, daß eine völlige Umarbeitung desselben von §. 4 bis 9 sich erforderlich macht. Insbesondere mußte beim Vorfall der Veranlagung innerhalb der bestehenden Steuersysteme ein besonderes Verfahren Bechuß bestellung der Entschädigungsansprüche angeordnet und zu diesem Zwecke mehrere Vorschriften der Anweisung mit in das Gesetz herübergenommen werden. Die nähere Erläuterung hierüber wird bei den einzelnen Paragraphen gegeben werden. Bei der Spezialberathung des Gesetzentwurfs fand sich u. A. folgendes zu erinnern: §. 2 war zunächst das Allegat in der vorletzten Zeile zu berichtigten; dann aber wurde eine Bestimmung über die Höhe vermifft, in welchen vertragsmäßig anderweitige Bestimmungen über die Höhe der Entschädigung getroffen sind. Unter Zustimmung des Regierungskommissars wurde der betreffende Zusatz am Schluß des Paragraphs angenommen. §. 5 bis 9 inf. fallen aus; an deren Stelle treten §. 5 — 12 des Kommissionsentwurfs, zu deren Erläuterung folgendes bemerkt wird: §. 5 und 6 enthalten die Vorschriften über die Theilnahmerechte an dem Entschädigungskapital. Der Schlussatz des §. 7 hat den Fall im Auge, daß ein Theil des eventuellen künftigen Mehrsteuerbetrages der Stadt auf die Gebäudesteuer fällt, für welche überall eine Entschädigung nicht gewährt wird. §. 8, 9, 10 und 11 enthalten die Vorschriften über das Verfahren Bechuß bestellung der Entschädigungsansprüche. §. 11 enthält eine Bestimmung Betreffs der Städte. Zu §. 12 wurde der Antrag gestellt: statt der Worte: „4/2 vom Hundert verzinst und mit 1/2 vom Hundert der Gesamtsumme“ zu sagen: „4 vom Hundert verzinst und mit 1 Proz. der Gesamtsumme.“ Der Antrag wurde mit 13 gegen 4 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über alle 3 Entwürfe empfahlen 11 gegen 4 Stimmen dem Hause: „den drei Gesetzentwürfen vom 20. Januar 1861 in ihrer Gesamtheit mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.“

Militärzeitung.

Deutschland. [Gegenwärtiger Stand der deutschen Wehrinteressen.] Von dem wo nicht offiziellen, wenigstens offiziösen „Bundes-Militär-Wochenblatt“ werden in einer gelegentlichen Anführung die Einführung gleicher Systeme bei den Feldgeschützen, die Aufstellung einer gemeinschaftlichen Verpflegungs- und Marschordnung, die Errichtung gemeinschaftlicher, höherer Militär-Bildungsanstalten bei sämtlichen gemischteten Korps, die Regelung der Eisenbahn-Truppenbeförderung und Rückführung derselben auf gemeinschaftliche Grundsätze, und endlich die Einführung gemeinsamer Truppenübungen wiederum bei den einzelnen gemischten Bundes-Armee-corps als diejenigen Punkte bezeichnet, deren Ausarbeitung, trotz aller sonst zwischen den deutschen Regierungen über die Revision der Bundeskriegsverfassung nach obwaltenden Verschiedenheiten, wohl bereits als völlig gesichert angesehen werden dürfte. Die Annahme des gleichen gezogenen Geschützsystems ist allerdings davon, wie gut wie zur Thatache geworden, doch haben auch bei dieser Gelegenheit die altertümlichen kleindeutschen Souveränitätsgelüste in jenseit ihrer Wirkung geäußert, als Württemberg, statt dem preußischen Systeme zuzutreten, lieber für die zwei bei der Artillerie dieses Staates vorläufig mit gezogenen Geschützen bewaffneten Batterien das französische System adoptirt hat. Ganz zu geschweigen, was die so eben statthaften und angeblich außerordentlich gelungenen österreichischen Versuche mit den neuen gezogenen Schiezwoll-Bierpfündern auf die süd- und mitteldeutschen Separatstaaten noch für eine nachträgliche Rückwirkung ausüben werden. Ebenso ist die Vereisung und die

Aufnahme der Schienenweite, Beförderungsmittel &c. der deutschen Eisenbahnen durch eine gemischte Bundes-Militärikommission eine Thatache, allein von diesen vorbereitenden Schritten bis zu einer unmittelbaren praktischen Nutzanwendung ist beim Bunde noch weit, wie zum Beispiel jedenfalls die deutsche Militärikonferenz in Berlin versammelt, am 26. desselben Monats gelangte, natürlich post festum, der Bundesbeschluß an Preußen, diese hochwichtige Kürtenfrage weiterzuführen; im Mai und Juni bereit ist die betreffende Militärikommission die Ost- und Norddeutschen und schon am 12. und 20. Juli gelangten die desfaliigen preußischen und norddeutschen Befestigungsvorschläge an den Bunde. Dieser hatte weniger Eile. Die unterm 20. Juli eingegangenen Vorlagen wurden wirklich bereits am 8. Dezember — der Bundes-Militärikommission zur technischen Bearbeitung übergeben. Ebenso wird es sich auch wohl mit all den anderen vorangeregten Punkten verhalten, denn was der Eine will, will eben der Anderer nicht, ein Einprächen ist auch bei den einfachsten Fragen zu erwarten. Und was mehr ist, er ist bei so heterogenen Interessen auch gar nicht zu vermeiden. Die Auflösung und Untersteckung der Bundes-Reservedivision könnte hierfür wieder als Beleg angeführt werden. Es läßt sich nicht leugnen, daß viele Gründe hierfür sprechen, aber andererseits ist es nicht minder richtig, daß die die Reservedivision stellenden deutschen Kleinstaaten meist in militärischen Dingen zu Preußen stehen und der Einfluß des letzteren Staates durch die Ausführung dieser Maßregel deshalb geschwächt werden würde. Zur Einführung einer gemeinschaftlichen höheren Militär-Behörde sind übrigens, wie verlautet, beim 8. deutschen Bundeskorps (Württemberg, Baden und Hessen (Großherzogtum)) die nächsten vorbereitenden Schritte bereit eingeleitet und würde es sich hierbei am Ende auch nur um eine Einigung zwischen den betreffenden drei Staaten handeln, welche ohnehin schon in vielen einzelnen Militärpunkten unter sich zu einer Einigung gelangt sind. Ganz anders möchte sich dies dagegen beim 9. deutschen Bundeskorps, wo Kurhessen, Königreich Sachsen, Nassau und Luxemburg, oder gar beim 10. Korps verhalten, wo wegen des prinzipiell stets dissidenten Hannovers und außerdem wegen Dänemarks für Holstein und Lauenburg eine Einigung auch nur über irgend einen Punkt schon kaum möglich erscheinen dürfte. Im Begriff auf die sich so viel versprochen Verstärkung von Mainz steht übrigens, wie neuerdings das Gericht wieder mit vollster Bestimmtheit auftrat, nunmehr ein unmittelbarer, hierauf abzielender Antrag der Territorialregierung am Bunde zu erwarten, und soll selbe bisher nur in Folge ausdrücklichen Wunsches der beiden Großmächte verzögert worden sein. Thatache ist beläufig, daß, nach der in Berlin in militärischen Kreisen herrschenden Stimmung zu urtheilen, ein solcher Antrag schwerlich auf die preußische Unterstützung zu zählen haben möchte. Die allerschlimmsten Dinge hört man über Landau, die Werke sollen sich einmal in schwerem Verfall befinden und werden sie außerdem als in keiner Weise mehr den Ansprüchen der Zeit genügend begegnen. Die Aufgabe und Schlesung von Landau möchte umgekehrt in Berlin die bereitwillige Unterstützung finden. — p.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. März. [Eine Verurtheilung.] Am 14. v. Mis. wurde vor dem hiesigen Kreisgericht die (früher in ds. Bl. schon erwähnte) Anklage wider den ehemaligen Gutsbesitzer Peter v. Brodnicki wegen versuchter Verleitung eines königlichen Beamten zu gesetzwidrigen Handlungen durch Anerbieten von Geschenken verhandelt. Der Thatbestand der Anklage ist folgender: Ende Mai kam v. Brodnicki zu dem bei der Polizei vereidigt angestellten Dolmetscher Post, früher kath. Probst in Kulm, dann christ. kath. Prediger in Polen, und bat ihn um seinen Rath und Beistand in einer verwickelten Rechtsache. Post ließ sich bestimmen, diese Bitte zu erfüllen, fertigte auch im Interesse des Angeklagten eine Immediat-Gingabe an den Prinz-Regenten. Während dieser Zeit kam v. Brodnicki fast täglich in die Wohnung des Post, indem er sich für dessen aufrichtigsten Freund ausgab. Eines Tages mache er dem Post folgende Eröffnung: „v. Niegolewski, der mein guter Freund ist, hat in der Angelegenheit seiner Interpellation vor dem Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise liefern für diese Beschuldigungen. Er hat zwar Einiges gesammelt, aber es fehlen ihm noch Beweise gegen die Herren v. Puttkamer und v. Mirbach. Ich habe deshalb mit unseren Deputirten von Ihnen gesprochen, habe Sie als einen Ehrenmann und meinen Freund gerühmt, und Sie haben Vertrauen zu Ihnen gewonnen. Im Auftrage des Staatsanwalt Termin gehabt. Er soll Beweise lie

Extrn., 3. März. [Polenversammlung; Lehrerwittwenpen-
sion; Gutsselegraph; Saaten; Preise.] Auf die vor Weihnachten
hier stattgefundenen Zusammenkünfte der polnischen Gutsbesitzer ist gestern hier
eine zweite gefolgt, die ebenso zahlreich wie jene besucht war. Der Zweck der-
selben soll die Verarbeitung eines Projektes gewesen sein, wonach man nicht mehr
an die (fast ausschließlich jüdischen) Kaufleute unserer Gegend, sondern nur an
die Handelshäuser in Berlin, Stettin, Danzig u. verkaufen will, wodurch man
bedeutend zu gewinnen hofft. Die polnischen Farben fehlten nicht, auch an den
Pferdegelehrten, und zur Bereitung der Speisen mußte der deutsche Hotelbesitzer
einen polnischen Koch kommen lassen; doch durfte es dabei nicht ohne deutsche
(Stettiner) Fische abgehen. — Die Anträge der Lehrer des Schubiner Kreises
wegen Erhöhung der Lehrerwitten- und Waisenunterstützung gingen auf der
zu Schubin am 28. v. M. unter dem Vorstehe des Kreissekretärs stattgefundenen
Lehrerversammlung dahin, daß man die Unterstützung auf jährlich 50 Thlr. er-
höhen und den Waisen nicht wie bis jetzt bloß bis zum 14., sondern bis zum 18.
Jahre solche gewähren möchte, da dieselben alsdann erst zum Selbstverwerbe fä-
dig wären. Eine Erhöhung der Beiträge von jährlich $2\frac{1}{2}$ auf 4 Thlr. wurde
für ausreichend erachtet, da das bereits über 52,000 Thlr. betragende Stammkapital
2600 Thlr. Zinsen zu tragen vermöge, die Beiträge von etwa 800 Mitgliedern
des Regierungsbereichs 3200 Thlr. betragen würden, beides also dann 5800 Thlr.
ergäbe. Davon könnte die (bisher höchste) Zahl von 80 Wittwen 4000 Thlr.
erhalten und es würden noch 1800 Thlr. zur Kapitalisierung und reichlichen Defi-
zierung der Lehrerunterstützung der Waisen bis zum 18. Jahre verbleiben. Dann
kämen noch zur Mitverwendung die Antritts-, Straf- und Kirchenkollektengel-
der. Der Vorschlag eines Mitgliedes, schon jetzt die Unterstützung auf 60 Thlr.
zu erhöhen, fand keinen Anklang, da die dazu erforderlichen höheren Beiträge
die Mehrzahl der Lehrer nicht zu zahlen im Stande wäre. — Der Ritterguts-
besitzer Heinz in Groß-Suchorens hat dieses sein Hauptgut mit seinen beiden
Nebengütern Klein-Suchorens und Bonk durch einen Telegraphendraht verbin-
den lassen, wozu etwa $\frac{1}{4}$ Meilen Drahtlänge erforderlich geworden. Die Anwen-
nung des Telegraphen auch für die Landwirtschaft dürfte hier vielleicht zum er-
stensmalen verlust sein. — Die Saaten haben sich unter der Schneedecke sehr er-
holt und auch vom Wasser keinen Schaden erlitten, so daß sie voll und grün da-
stehen. — Das Getreide, davon wir alle Markttagen reichliche Zufuhr haben, ist
schon so viel heruntergegangen, daß der best. Roggen nur mit $1\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt
wird; die Kartoffeln kosten 16 Sgr. Landwirthe, die im vorigen Jahre in die-
ser Zeit schon Alles ausgedrohten hatten, haben in diesem Jahre bei nicht gerin-
gerer Thätigkeit zum Theil fast noch die Hälfte ungedrohten liegen.

FAUS dem Gnesener Kreise, 2. März. [Eine wunderliche
Geschichte.] Wenn die Polen mit ihren ungerechtfertigten Klagen wegen
Zurückhaltung gegen die Deutschen nirgend aufhören, so dürfen sie zu solchen
doch am allerwenigsten im biesigen Kreis namentlich in Betreff der Belegung
der Beamtenstellen Ursache haben. Denn im biesigen Kreis sind außer an-
anderen Verwaltungsbeamten polnischer Nationalität in kurzer Zeit in vier Städten
Bürgermeister polnischer Nationalität angestellt; ja in einem kleineren Städ-
chen des Kreises ist sogar ein Bürger zum Bürgermeister eingeführt, welcher
wenig deutsch sprechen, noch weniger deutsch schreiben kann, ja sogar nicht einmal
im Stande ist, in seiner Muttersprache angemessen eine Verhandlung auf-
zunehmen. Gegen einen jüdischen Handelsmann des erwähnten Städchens
war eine Untersuchung wegen Schankbetrieb ohne Konzession eingeleitet worden.
Bald nach der Amtübernahme des jungen Bürgermeisters gingen diesen die
Betr. Atzen zu, um den Angebuldigten zum Schluß zu vernehmen. Als Leg-
terer zum Vermine im Magistratbüro erschien, beantragte der Bürgermei-
ster seinen Schreiber, den Angebuldigten zu vernehmen, doch jedoch der Schrei-
ber in dieser Sache als Zeuge bereits vernommen war, so lehnte der Angebuldig-
te die Vernehmung resp. Protokollführung durch denselben ab. Der Bürger-
meister erholte sich Raubs bei dem in der Nähe wohnenden f. Distriktskom-
missarius und dieser erkannte jene Ablehnung natürlich für begründet. Da der
Bürgermeister diese Verhandlung nicht polnisch und noch weniger deutsch führen
konnte, so bat er den Distriktskommissarius, ihm seinen Bureaugehülfen zur
Führung des Protolls zu überlassen, was denn auch geschah! (Die Wahr-
heit der Thatachen vorausgesetzt, wäre das allerdings eine wunderliche Ge-
schichte.) D. Red.)

lau und Stürzel aus Berlin, Rentier Ebelein aus Glogau, die Gutsb.
v. Kropiński aus Orlowo und Hoffmann aus Lissa.
SCHWARZER ADLER. Kaufmann Dehn aus Danzig, die Gutsb. Kie-
smitter aus Klejczewo und Sellenthin aus Rybitwy, Gutsb. und Haupt-
mann Sellenthin aus Komorowo und Probst Izbrzeżewski aus Powidz.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Naglo und Hildebrand
aus Słivno, die Kaufleute Scheibert aus Stettin, Kiersten aus Grün-
berg, Fries aus Wezel und Lewy aus Nowa Rzeka.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Se. Durchlaucht Fürst Sapieha aus
Warschau, die Rittergutsb. Lange aus Groch-Rybnik und Strauwen aus
Pawlowice, die Kaufleute Selmann aus Offenbach, Eschen aus Lud-
wigburg, Ponnen aus Paris, Strich aus Birnbaum, Schnorr aus Berlin
und Golzborn aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsb. v. Wilczynska aus Krzyzanow-
ko, Probst George aus Polajewo und Generalvolmächtiger Szmitt aus
Grylewo.

KRUG'S HOTEL. Literat Weißflog aus Berlin.
HOTEL DE BERLIN. Hauptmann im 4. Posenischen Inf. Regt. (Nr. 59)
v. Rappard aus Lissa, die Gutsbesitzer v. Korytowski aus Rogow und
v. Kołodziejski aus Modliszko, Schieferdeckermeister Ellmer aus Stettin,
die Kaufleute Hoff aus Krotochwil, Häusler aus Lissa, Wölf aus Berlin,
Bernhard aus Glogau und Kräger aus Mühlhausen.

HOTEL DE PARIS. Probst Szczodrowski aus Dolzig, Domänenpächter
Męzki aus Dziekanowice, Particular Turkiewicz aus Nowa Rzeka, die
Gutsb. v. Baranowski aus Gwiazdowo und v. Karczewski aus Wyższa-
kowo.

TELEGRAMM.

Beim Schluss der Zeitung geht uns so eben noch folgendes
Telegramm zu:

Von der polnischen Grenze, Dienstag 5. März. Sämtliche
Adelsmarschälle des Königreichs Polen haben ihre Dimission
genommen. Ihnen folgen alle in russischen Diensten stehenden Polen.
(Eingeg. 5. März 1 Uhr 35 Minuten Nachmittags.)

Angekommene Fremde.
Vom 5. März.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Neumann aus Bres-

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf. Königliches Kreisgericht zu Pleschen.

Erste Abtheilung.

Pleichen, den 28. September 1860.

Das dem Gutsbesitzer Philipp Sandberg gehörige adelige Rittergut Szkudla, abge-

schäft auf 37,290 Thlr. 10 Sgr. 11 Pf. zufolge

der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen in

der Registratur einzuhenden Taxe, soll vor dem

Herrn Kreisrichter Noetel

am 7. Mai 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftiert werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus

dem Hypothekenbuche nicht erlistlichen Realfor-

derung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen

haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Sub-

haftationsgericht zu melden.

Freiwilliger Verkauf. Königl. Kreisgericht zu Wollstein.

Zweite Abtheilung.

Das im Bromster Kreise des Regierungsbe-

zirks Posen liegende, den Lebem der verstorbenein

Amtsrichter Quoos gebörige, ehemalige Do-

mainenvorwerk Fehlen Nr. 1, welches circa

3 Meilen von der an der Lissa Glogauer

Eisenbahn befindenden Kreisstadt Fraustadt und

ebenso weit von der Kreisstadt Wollstein ent-

fernt, mit Fraustadt durch Chaussee verbunden

und auf 19,500 Thlr. gerichtlich abgeschäfft ist,

soll auf den Antrag der Erben

am 11. Mai 1861 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle theilungshalber in

freiwilliger Subhaftation verkauft werden. Hy-

pothekenchein, Taxe und Kaufbedingungen sind

in der Registratur des Königlichen Kreisgerichts

zu Wollstein, die 2 letzteren auch bei dem f.

Oberstammann Herrn Quoos in Jaborow

bei Alt-Jaborow einzusehen. Ebenso erhebt der

Verwalter des Guts, Herr Postexpedient

Meyer in Alt-Jaborow und der Wirtschafts-

Inhaber empfangen

Bromberg, den 1. Juni 1859.

Königl. Bankommandite.

Wenke Matyke.

Der unbekannte Inhaber wird aufgefordert,

bis zum 3. März 1861 einschließlich den Weg-

zu legen, vorzulegen, widrigstalls derselbe für

kraftlos erklärt werden wird.

Bromberg, den 30. Dezember 1860.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Dem Fleischergesellen Marcell Pierz-

chalski, gegenwärtig zu Danzig, ist an-

geblich im Jahre 1860 das auf ihn unterm 18.

Februar 1856 ausgefertigte Polener Sparkassen-

buch Nr. 18,706 über 25 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf.

entwendet worden. Es werden daher alle die-

jenigen, welche an das verlorene Sparkassenbuch

einen Anrecht zu haben vermögen, aufgefordert,

sich bei uns spätestens in dem auf

den 26. April c. Vormittags um

11 Uhr

vor dem Herrn Kreisrichterath v. Cronsaz

im Instruktionszimmer anberaumten Termine

zu melden und ihre Rechte näher nachzuweisen,

widrigstals das Buch für erloschen erklärt und

festgestellt werden wird.

Bromberg, den 30. Dezember 1860.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Dem Fleischergesellen Marcell Pierz-

chalski, gegenwärtig zu Danzig, ist an-

geblich im Jahre 1860 das auf ihn unterm 18.

Februar 1856 ausgefertigte Polener Sparkassen-

buch Nr. 18,706 über 25 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf.

entwendet worden. Es werden daher alle die-

jenigen, welche an das verlorene Sparkassenbuch

einen Anrecht zu haben vermögen, aufgefordert,

sich bei uns spätestens in dem auf

den 26. April c. Vormittags um

11 Uhr

vor dem Herrn Kreisrichterath v. Cronsaz

im Instruktionszimmer anberaumten Termine

zu melden und ihre Rechte näher nachzuweisen,

widrigstals das Buch für erloschen erklärt und

festgestellt werden wird.

Bromberg, den 30. Dezember 1860.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Dem Fleischergesellen Marcell Pierz-

chalski, gegenwärtig zu Danzig, ist an-

geblich im Jahre 1860 das auf ihn unterm 18.

Februar 1856 ausgefertigte Polener Sparkassen-

buch Nr. 18,706 über 25 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf.

entwendet worden. Es werden daher alle die-

jenigen, welche an das verlorene Sparkassenbuch

einen Anrecht zu haben vermögen, aufgefordert,

sich bei uns spätestens in dem auf

den 26. April c. Vormittags um

11 Uhr

vor dem Herrn Kreisrichterath v. Cronsaz

im Instruktionszimmer anberaumten Termine

zu melden und ihre Rechte näher nachzuweisen,

